

# Grosser Gemeinderat Winterthur

## Protokoll der **16./17. Sitzung** des Grossen Gemeinderates im Amtsjahr 2007/2008 vom 10. Dezember 2007

von 16.15 bis 18.30 Uhr und von 20.00 bis 22.35 Uhr

---

Vorsitz:	P. Rütimann (FDP)
Protokoll:	K. Lang
Entschuldigt	Nachmittagsitzung: Ch. Baumann (SP), W. Schurter (CVP)
	Abendsitzung: Ch. Kern (SVP)
	Beide Sitzungen: M. Hollenstein (CVP), M. Stauber (Grüne)

---

## Traktanden

- 1.\* Protokoll der 10./11. Sitzung des Amtsjahres 2007/2008
- 2.\* Wahl eines Stimmzählers / einer Stimmzählerin anstelle des zurückgetretenen Y. Senn (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2006/2010
- 3.\* Wahl eines Mitgliedes der Bürgerrechtskommission anstelle des zurückgetretenen Y. Senn (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2006/2010
- 4.\* 07/091 (DFI) Voranschlag 2008 und Festsetzung des Steuerfusses; Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2009 – 2011 (IAFP)
- 5.\* 07/104 (DFI) Nachtrag zum Voranschlag 2008 "Novemberbrief"
6. 07/077 (DKD) Begründung des Postulats R. Schürmann (CVP), F. Helg (FDP), Ch. Kern (SVP) und R. Kleiber (EVP/EDU/GLP) betreffend privatrechtliche Trägerschaft für das Theater W'thur
7. 07/044 (DFI) Begründung des Postulats D. Hauser (SP) betreffend Einbezug der Veitheimer Bevölkerung bei der Vergabe für Projekte aus dem Luciak-Weilenmann-Fonds
8. 06/073 (DFI) Beantwortung der Interpellation N. Rickli (SVP) betreffend sexueller Missbrauch durch Hauswart vom Stadthaus W'thur
9. 07/028 (DSO) Begründung des Postulats A. Daurù (SP) betreffend Drehscheibe berufliche und soziale Integration

10. 06/091 Beantwortung der Interpellation A. Ramsauer (Grüne/AL) betreffend Übergewicht in Winterthur (DSO)

\* An dieser Sitzung behandelte Geschäfte

### **Bürgerrechtsgeschäfte**

1. B07/003 Bajralija Lulzim, geb. 1984, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger
2. B07/111 Mendes Marija, geb. 1969, kroatische Staatsangehörige
3. B07/129 Ippolito Francesco Salvatore, geb. 1964 und Ehefrau Polizzi geb. Polizzi Giuseppina, geb. 1967, mit Kindern Ippolito Michele, geb. 1995 und Ippolito Salvatore, geb. 1997, italienische Staatsangehörige
4. B07/131 Jovanovic Srba, geb. 1959 und Ehefrau Jovanovic geb. Dzamanovic Zorica, geb. 1965, mit Kind Tatjana, geb. 1996, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
5. B07/132 Moors Anke, geb. 1963, mit Kindern Selina, geb. 1995 und Florian Elias, geb. 1997, deutsche Staatsangehörige
6. B07/133 Morina geb. Rrudhani Ganimete, geb. 1974 und Ehemann Morina Lulzim, geb. 1972, mit Kindern Aida, geb. 1996 und Muhamed, geb. 1998, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
7. B07/135 Gossmann Michael Josef, geb. 1966, deutscher Staatsangehöriger
8. B07/136 Heidelberg Reinhard Rupprecht Victor, geb. 1955, deutscher Staatsangehöriger
9. B07/137 Jovanovic geb. Ernjakovic Dragana, geb. 1980, mit Kind Mladenovic Milan, geb. 1997, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
10. B07/138 Kelecevic Nedeljko, geb. 1947 und Ehefrau Kelecevic geb. Memisevic Mirza, geb. 1958, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
11. B07/139 Maksuti Elsadat, geb. 1976, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger und Ehefrau Maksuti geb. Selmani Nizajete, geb. 1981, mit Kind Sarah, geb. 2004, mazedonische Staatsangehörige
12. B07/140 Ögüncyürek Selahattin, geb. 1946 und Ehefrau Ögüncyürek geb. Güney Aynur, geb. 1958, türkische Staatsangehörige
13. B07/141 Rama Jeton, geb. 1975 und Ehefrau Rama geb. Sadiku Mirlinda, geb. 1978, mit Kind Kevin, geb. 2006, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
14. B07/142 Sabaratnam Krishnamenam, geb. 1971, mit Kind Krishnamenam Laksha, geb. 2004, srilankische Staatsangehörige
15. B07/143 Tanit Engin, geb. 1980, türkischer Staatsangehöriger
16. B07/144 Tutam Murat, geb. 1972, türkischer Staatsangehöriger
17. B07/145 Hasani Zijah, geb. 1974, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger

18. B07/146 Horvath Ladislav, geb. 1951 und Ehefrau Horvath geb. Andrasi Adriana, geb. 1964, mit Kind Carolina Isabella Viviane, geb. 1991, slowakische Staatsangehörige
19. B07/147 Ibraimi Amdija, geb. 1964, mit Kindern Almedine, geb. 1992 und Amir, geb. 1994, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
20. B07/148 Milicic geb. Zecevic Evica, geb. 1963, mit Kind Mateja, geb. 1993, kroatische Staatsangehörige
21. B07/149 A. A., geb. 1991, mazedonische Staatsangehörige
22. B07/150 Hajdaj Nazmi, geb. 1971 und Ehefrau Hajdaj geb. Islami Azemine, geb. 1975, mit Kindern Taulant, geb. 2001 und Orges, geb. 2005, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
23. B07/151 Hasanmetaj Avdullah, geb. 1950 und Ehefrau Hasanmetaj geb. Mustafaj Ajshe, geb. 1954, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
24. B07/153 Yildiz geb. Top Miyase, geb. 1945, türkische Staatsangehörige
25. B07/154 Adamovic Vitomir, geb. 1970 und Ehefrau Adamovic geb. Stuparanovic Verica, geb. 1968, mit Kindern Valentina, geb. 1992, Vanja, geb. 1994 und Veljko, geb. 1997, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige
26. B07/155 Begic Redzo, geb. 1966 und Ehefrau Begic geb. Vukovic Semsä, geb. 1966, mit Kind Sabina, geb. 1995, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige
27. B07/164 Koch Frank Manfred, geb. 1961, deutscher Staatsangehöriger
28. B07/173 Malik geb. Malik Safia, geb. 1982, pakistanische Staatsangehörige

**Ratspräsident P. Rütimann** begrüsst zur 16. und 17. Sitzung im Amtsjahr 2007/2008. Insbesondere begrüsst er A. Frauenfelder, der einmal mehr neben dem Präsidenten Platz genommen hat. M. Bernhard konnte nicht rechtzeitig aus den Ferien zurückkehren, weil das Flugzeug unterwegs stecken geblieben ist. Der Ratspräsident bedankt sich für die Unterstützung durch A. Frauenfelder.

## Mitteilungen

**Ratspräsident P. Rütimann:** Gemäss einer neuen Verordnung in der Stadtverwaltung ist das Rauchen in allen öffentlichen Räumen, die von mehr als einer Person genutzt werden, verboten. Diese Verordnung gilt auch für das Ratsgebäude. Da die Vorräume öffentlich zugänglich sind, wird es künftig keine Rauchernischen mehr geben. Das Rathaus soll grundsätzlich rauchfrei bleiben. Ratspräsident P. Rütimann will abwarten, wie sich diese Regelung bewährt. Falls es zu viele Absenzen gibt, weil die Ratsmitglieder auf der Marktgasse eine Zigarette rauchen, wird man die Regelung überdenken müssen. Ratspräsident P. Rütimann hat den Fotografen des Landboten erlaubt während der Budgetdebatte zu fotografieren.

**Ratspräsident P. Rütimann** teilt mit, dass S. O'Brien (Grüne) den Rat verlassen wird. Sie ist seit dem 1. Oktober 1999 Mitglied des Gemeinderates. Vom Mai 2002 bis August 2007 war sie Mitglied der Bürgerrechtskommission und besetzte auch das Vizepräsidium. Der Ratspräsident verabschiedet S. O'Brien sehr ungern. Gemäss ihrer Rücktrittserklärung will

sich S. O'Brien vermehrt ihrer kranken Mutter widmen. Durch ihren breiten beruflichen Hintergrund und ihre grosse Lebenserfahrung hat S. O'Brien immer wieder die Lebensrealität aufgezeigt. Dafür bedankt sich Ratspräsident P. Rütimann herzlich. Durch ihre undogmatische Art, die Dinge beim Namen zu nennen, hat sie sich nicht nur Sympathien gewonnen. Durch ihre Warmherzigkeit war sie aber immer ein wichtiger Orientierungspunkt im Gemeinderat. Ratspräsident P. Rütimann und der ganze Gemeinderat werden S. O'Brien vermissen. Der Ratspräsident wünscht ihr alles Liebe und Gute und überreicht ihr ein Geschenk.

**Der Rat** verabschiedet S. O'Brien mit grossem Applaus.

**Ratspräsident P. Rütimann.** S. O'Brien überreicht dem Ratspräsidium und den Mitarbeitenden der Stadtkanzlei ein kleines Präsent zum Dank für die gute Zusammenarbeit.

**Ratspräsident P. Rütimann** begrüsst Stephan Nyffeler (SVP) im Rat und wünscht ihm viel Befriedigung im neuen Amt.

**Ratspräsident P. Rütimann** geht davon aus, dass das Budget durchberaten werden kann. Nach der Budgetberatung lädt er die Ratsmitglieder zu einem Apéro ein. Er hofft, dass die Sitzung rechtzeitig beendet werden kann.

## Fraktionserklärungen

### Sonnenkollektoren

**St. Fritschi (FDP):** Am letzten Samstag wurde der Klimawelttag begangen. Die Stadt Winterthur hat bereits einige Energiepreise gewonnen und zeigt vorbildliche Aktivitäten im Kampf gegen den Klimawandel. Wenn man aber genauer überprüft wie der Bauausschuss – mit Bauvorstand W. Bossert, Stadtpräsident E. Wohlwend und Stadtrat M. Gfeller und dem Chef des Umweltschutzamtes M. Künzle an der Spitze – urteilt, wenn Sonnenkollektoren auf Dächern bewilligt werden sollen, erweist sich die Bewilligungspraxis als sehr restriktiv. Mehrere Beispiele beweisen dieses Vorgehen. Beim Bau der Chalet-Siedlung im Hofberg hat der Stadtrat völlig ohne Grund die Sonnenkollektoren verboten. Das ist unbegreiflich. Der Bauausschuss sollte den Hausbesitzern grünes Licht geben, wenn sie aus eigener Initiative etwas gegen den Klimawandel und für den Umweltschutz unternehmen wollen. Die FDP-Fraktion ist sehr enttäuscht von dieser Entscheidung des Stadtrates.

**Stadtrat W. Bossert:** Die Stadt Winterthur hat ihre Hausaufgaben gemacht. Nicht umsonst hat Winterthur den europäischen Energie-Award Gold erhalten. Dazu braucht es Massnahmen auf allen Ebenen, die von allen Departementen getragen werden. Verschiedene Probleme müssen einbezogen werden – der Individualverkehr, der öffentliche Verkehr und die eigenen Liegenschaften. Mit dem Vertrag mit der energo hat die Stadt gezeigt, dass weitere Schritte geplant sind. Der Vorsitzende des Bauausschusses W. Bossert hat Solarkollektoren auf seinem eigenen Dach installiert. Es kann also nicht behauptet werden, er habe etwas gegen diese Kollektoren. Die Baubehörden haben verschiedene Aufgaben zu erfüllen und unterschiedliche Güter abzuwägen, was nicht immer einfach ist. Einerseits muss das Stadtbild geschützt werden, weil das sehr wichtig ist für die Identifikation der Einwohnerinnen und Einwohner mit ihrer Stadt. Andererseits sind auch private Interessen zu berücksichtigen. Es werden Anträge zur Aufstockung von Gebäuden oder für die Errichtung eines Anbaus eingereicht. Die Baubehörde muss prüfen, was zugelassen werden kann, dabei ist sie an rechtliche Vorgaben gebunden. Die ökologischen Anliegen sind ebenfalls zu berücksichtigen.

Die Praxis der Stadt Winterthur ist nicht restriktiv, im Gegenteil, sie ist im Vergleich zu anderen Gemeinden sehr liberal. Das hat der Stadtrat überprüft. Für 85 % aller Dächer wird

problemlos eine Bewilligung für Sonnenkollektoren erteilt – beziehungsweise sie benötigen keine Baubewilligung. Stadtrat W. Bossert bittet die Ratsmitglieder das zur Kenntnis zu nehmen. Für Objekte mit einem Schutzvertrag wird es tatsächlich schwieriger. Die meisten anderen Gemeinden und Städte bewilligen keine Solarkollektoren auf Schutzobjekten. In Winterthur ist eine der grössten Anlagen auf einem Schutzobjekt installiert – nämlich auf dem Ensemble Hard. In der Kernzone sind Kollektoren grundsätzlich erlaubt, einzige Ausnahme sind intakte Dächer, die von prominenten Orten eingesehen werden können. Das heisst es sind letztlich ganz wenige Dächer, auf die keine Kollektoren installiert werden können. Jeder Einzelfall wird eingehend in der Baukommission diskutiert. Die Praxis der Baubehörde ist sehr liberal und der Stadtrat unterstützt grundsätzlich den Einsatz von Sonnenkollektoren.

### Road Pricing

**D. Schraft (Grüne/AL):** Der Bundesrat hat beschlossen, dass die Einführung von Road Pricing möglich werden soll. Jetzt werden vom Bundesrat die Rechtsgrundlagen für die Durchführung von Versuchen geschaffen. Die Grüne/AL-Fraktion will, dass sich Winterthur an diesem Versuch beteiligt. Eigentlich wollte die Fraktion bereits heute eine Motion einreichen. Weil eine möglichst breite Abstützung erreicht werden soll, benötigt die Fraktion mehr Zeit um alle Differenzen mit den anderen Parteien auszuräumen und alle Wünsche unter einen Hut zu bringen. Mit dieser Erklärung kündigt D. Schraft die Einreichung einer Motion zu diesem Thema an der ersten Sitzung im Januar 2008 an. Von anderen Parteien sind bereits Signale vorhanden, dass sie sich beteiligen werden.

**Stadtrat W. Bossert:** Der Stadtrat hat vor einiger Zeit beschlossen einen Nachfolgeauftrag zu erteilen, der untersuchen soll, ob die Stadt Winterthur für diesen Versuch in Frage kommt. Grundsätzlich steht der Stadtrat dem Anliegen positiv gegenüber. Bevor weitere Schritte eingeleitet werden können, sind aber genauere Abklärungen notwendig. Die Ergebnisse sollten Anfang Jahr vorliegen.

### Euro 08

**Ch. Kern (SVP):** Mit einer überwältigenden Mehrheit von über 65 % Nein-Stimmen hat das Winterthurer Stimmvolk den Kulturkredit zur Euro 08 bachab geschickt. Eigentlich wäre dem nichts mehr hinzuzufügen, wenn nicht die zuständige Stadträtin bereits am 16. August 2007 dem Landboten in einer unakzeptablen und überheblichen Art ein Interview gegeben hätte. Dass Stadträtin P. Pedernana die Abstimmung gewinnen wollte, liegt in der Natur der Sache. Bedenklich ist die Tatsache, dass der Winterthurer Stadtrat einmal mehr die Gegner nicht für voll genommen und im Voraus ein doppeltes Ja zur Vorlage als gegeben vorausgesetzt hat. Mittlerweile ist der Stadtrat eines Besseren belehrt worden. Die Kommentare von Stadträtin P. Pedernana zum negativen Ausgang der Abstimmung haben zwar interessant geklungen, sind aber total am Ziel vorbei geschossen. Weder die UEFA noch die Hooligans und schon gar nicht der Skandal in Thun sind am Scheitern des Kulturkredites schuld. Ein wenig mehr Selbstkritik wäre angebracht gewesen. Vor allem, wenn die Ereignisse des letzten Wochenendes in Thun und Biel betrachtet werden. An beiden Orten haben die Stimmbürger die geplanten Fussballstadien bewilligt. Die Winterthurer Stimmberechtigten haben genug von überteuerten Projekten. Das sollte der Winterthurer Stadtrat endlich zur Kenntnis nehmen. Nach der Ablehnung von Fokus auf dem Archareal, der deutlichen Ablehnung des Euro 08 Kredits, dem Desaster um das Schloss Wülflingen und der katastrophalen Situation um das Schulhaus Sennhof wäre es an der Zeit kleinere Brötchen zu backen. Im Rahmen der Rechnungsberatung 2007 wird die SVP-Fraktion in der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur eine Kostenauflistung verlangen, die durch die Vorbereitungen der Arena und des Kulturprogramms für die Euro 08 entstanden sind. Vor allem interessieren die Kosten der externen Berater.

**Stadträtin P. Pederngana:** Leider ist die SP-Fraktion in Winterthur nicht so organisiert wie andere Parteien, die zu Beginn der Sitzung ihre Stadträtinnen und Stadträte jeweils durch die Fraktionspräsidien loben lassen. Deshalb nimmt die Stadträtin selber Stellung zur Euro 08 und den vorgetragenen Vorwürfen. Im Sommer 2007 ist Stadträtin P. Pederngana mit Optimismus in den Abstimmungskampf eingestiegen und hat festgestellt, dass wesentliche Parteien hinter diesen Krediten stehen. Im Abstimmungskampf war davon allerdings nicht mehr viel zu spüren. Das soll keine Schuldzuweisung sein. Verschiedene Gründe haben zum Nein an der Urne geführt. Einige sind von Ch. Kern erwähnt worden – zum Beispiel die Hooligans und die Imagekrise im Fussball. Sicher ist auch die Konstruktion des Kredits mit den internen Kosten ein Grund. Es hat sich um ein ambitioniertes Projekt gehandelt. Die Stadt Winterthur hat sich frühzeitig für die Euro 08 eingesetzt – andere Städte stellen ihre Projekte erst jetzt vor. Es handelt sich auch um eine Generationenfrage – die jüngere Generation hat dem Projekt eher zugestimmt. Die ältere Generation stimmt aber fleissiger ab. Alles in Allem haben sehr unterschiedliche Gründe zu diesem Nein geführt. Schön wäre, wenn jetzt durch Private noch etwas auf die Beine gestellt würde. Die Stadträtin hofft, dass die Winterthurer trotzdem einige spannende Spiele auf Grossleinwand verfolgen können.

## 1. Traktandum

### Protokoll der 10./11. Sitzung des Amtsjahres 2007/2008

---

**Ratspräsident P. Rütimann:** Die Protokolle sind in der Stadtkanzlei zur Einsicht aufgelegt und erstmals auch im Internet / Extranet aufgeschaltet worden. Der Ratspräsident stellt den Antrag die Protokolle abzunehmen. Es gibt keine Einwendungen. Damit sind die Protokolle abgenommen.

## 2. Traktandum

### Wahl eines Stimmzählers / einer Stimmzählerin anstelle des zurückgetretenen Y. Senn (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2006/2010

---

**D. Hauser (SP):** Als Stimmzähler für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 schlägt die Interfraktionelle Konferenz (IFK) einstimmig Stephan Nyffeler (SVP) zur Wahl vor.

**Ratspräsident P. Rütimann** stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge unterbreitet werden, damit ist St. Nyffeler zum Stimmzähler gewählt.

## 3. Traktandum

### Wahl eines Mitgliedes der Bürgerrechtskommission anstelle des zurückgetretenen Y. Senn (SVP) für den Rest der Amtsdauer 2006/2010

---

**D. Hauser (SP):** Als neues Mitglied der Bürgerrechtskommission (BüK) für den Rest der Amtsdauer 2006/2010 schlägt die Interfraktionelle Konferenz (IFK) einstimmig Stephan Nyffeler (SVP) zur Wahl vor.

**Ratspräsident P. Rütimann** stellt fest, dass keine weiteren Vorschläge unterbreitet werden, damit ist St. Nyffeler als Mitglied der BüK gewählt. Der Ratspräsident wünscht ihm viel Glück im seinem Amt.

## 4. und 5. Traktandum

### **GGR-Nr. 2007/091: Voranschlag 2008 und Festsetzung des Steuerfusses; Integrierter Aufgaben- und Finanzplan 2009-2011 (IAFP)**

### **GGR-Nr. 2007/104: Nachtrag zum Voranschlag 2008 ' Novemberbrief**

---

**Ratspräsident P. Rütimann:** Die Budgetberatung wird sich wie folgt gestalten: Das vorliegende Drehbuch bildet die Grundlage für den Ablauf. Als erstes wird eine Eintretensdebatte geführt, danach folgen Detailberatung und Schlussabstimmung.

## **Eintreten**

**Y. Beutler:** Wir befinden uns im Jahr 3 nach der flächendeckenden Einführung der wirkungsorientierten Verwaltungsführung, und es scheint, als ob WOV den städtischen Finanzen gut tun würde, denn es ist nun auch bereits der dritte Voranschlag in Folge, welcher – zumindest gegen aussen - ohne tief greifende Sparmassnahmen und Notfall-Kürzungen ausgeglichen gestaltet werden konnte. Dass innerhalb des Stadtrates vor und auch nach der Verabschiedung des Budgets offensichtlich heftige Diskussionen statt gefunden haben, konnte in der Zwischenzeit der Presse entnommen werden. Es scheint so etwas wie ein courant normal im städtischen Finanzhaushalt eingetreten zu sein. Dies liegt zum einen sicher an der umsichtigen Finanzpolitik, welche die Stadtregierung in den letzten Jahren getätigt hat und in welcher sie vom Parlament unterstützt wurde, auch wenn ein Teil der Sparmassnahmen einigen gegen den politischen Strich gingen. Doch nicht nur das Win03-Massnahmenpaket und die HS07-Projekte waren ein finanzieller Erfolg – Winterthur scheint nun endlich auch vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren zu können.

Die Steuererträge werden auf knapp 311 Millionen veranschlagt, das sind rund 15 Millionen oder 4.8% mehr, als im vergangenen Jahr. Und – was mindestens so erfreulich ist – im Bereich der Fürsorgeleistungen geht der Stadtrat davon aus, dass diese im kommenden Jahr erstmals wieder sinken werden. Während im Jahr 2003 dafür 226 Franken pro Einwohnerin und Einwohner aufgewendet werden musste, stieg der Aufwand im Jahr 2004 auf 303 Franken, im Jahr 2005 auf 325 Franken, im 2006 auf 335 Franken und nun soll er – zwar nur minimal, aber immerhin – auf 333 Franken sinken.

Es gelang dem Stadtrat also, einen ausgeglichenen Voranschlag vorzuweisen. Aufwendungen von 1 247 587 142 Franken stehen Erträge von 1 243 897 142 Franken entgegen. Die Differenz von 3 690 000 entspricht den 10 % des Eigenkapitals, welches durch die kantonale Neubewertung der Finanzliegenschaften geäuft werden konnte und welches Winterthur nun als Finanzausgleichsgemeinde gemäss den Vorschriften des Zürcher Gemeindeamtes zur teilweisen Deckung des Aufwandüberschusses verwenden muss. Rund einen Drittel ihres Aufwandes verwendet die Stadt für das Personal. Diesem soll im 2008 die Teuerung von 1.8 % voll ausgeglichen werden, was - zusammen mit der Rententeuerung – mit rund 7.2 Millionen zu Buche schlägt. Lediglich die Hälfte davon, also 3.6 Millionen, wurden bereits in den Voranschlag eingestellt, da man bei der Budgetierung von einer Teuerung von 0.9 % ausging. Die zusätzlich anfallenden 3.6 Millionen möchte der Stadtrat unter anderem durch die Einsparungen aufgrund des nicht statt findenden Euro 08-Festes wieder Wett machen. Für den Stufenanstieg wurden 3.4 Mio. in den Voranschlag eingestellt, und die Quote für die Erhöhung des Leistungsanteils wurde auf 1 Million festgesetzt. Vorschnell jubeln könnte man beim Sachaufwand, welcher um stolze 33 Millionen oder 20 % auf knapp 132 Millionen sinkt. Doch eben leider nur vorschnell, denn der grösste Teil der Reduktion ist darauf zurückzuführen, dass diverse Leistungen neu als „interne Verrechnung“ verbucht oder Projekte nun über die Investitionsrechnung abgewickelt werden. Dennoch hat der Sachaufwand im steuerfinanzierten Teil der Stadtverwaltung gegenüber dem Budget 2007 leicht abgenommen, liegt aber immer noch über dem Wert der Rechnung 2006.

Markant ansteigen werden im nächsten Jahr die Ausgaben für die Passivzinsen und der Aufwand für den Energie- und Rohmaterialeinkauf. Auf der Einnahmenseite fällt – wie bereits erwähnt – der höher prognostizierte Steuerertrag von 15 Millionen ins Gewicht. Zu den rund 131 Millionen wird die Stadt vom Kanton – vermutlich – ein Steuerkraftausgleich von 60 Millionen erhalten sowie einen Steuerfussausgleich von 50 Millionen. Durch den neuen Finanzausgleich, wie vom Regierungsrat verabschiedet das heisst zu mindest in die Vernehmlassung gegeben worden ist, würden diese unsicheren Werte endlich durch einen fixen Betrag X ersetzt, doch die bislang veröffentlichten Stellungnahmen der Gemeinden lassen leider nicht darauf hoffen, dass im neuen Finanzausgleich der Sonderstellung Winterthurs mit den hohen Zentrumslasten besser und gerechter Rechnung getragen wird. Eine Einbusse von rund 10 Millionen erleidet Winterthur auch durch den neuen eidgenössischen Finanzausgleich, da erhebliche Teile von Bundessubventionen wegfallen. Statt zur Unterstützung von städtischen Sonderschulen wird dieses Geld nun vermutlich von den Nehmerkantonen dazu verwendet Steuern zu senken. Der Stadtrat hat Nettoinvestitionen von insgesamt gut 192 Millionen in den Voranschlag aufgenommen und das Investitionsprogramm auf 84 Millionen festgesetzt. 8 Millionen davon, nämlich die gebundene Ausgabe zur Sanierung des Schlosses Wülflingen, werden den Rat heute Abend wohl noch intensiver beschäftigen. Eine Bemerkung noch zum Stellenplan: Der Stadtrat sieht die Schaffung von 41,89 Stellen vor, am meisten, nämlich gut 16 Stellen, im Departement Soziales. Es lässt sich nicht darüber hinwegsehen, dass sich das Win03-Massnahmepaket und die HS07 Projekte zwar im Grossen auf die städtischen Finanzen positiv ausgewirkt haben, im Kleineren jedoch auch negative Spuren hinterlassen haben. Es verwundert deshalb nicht, dass gerade in denjenigen Bereichen, welche durch die Sparmassnahmen besonders stark betroffen waren, nun Massnahmen getroffen werden müssen, um Versäumtes wieder aufzuholen. Zum Schluss noch einige kritische Anmerkungen zum Voranschlag: Es ist bedauerlich dass der IAFP auch im dritten Jahr mehrheitlich aus einer Fortschreibung des Ist-Zustandes besteht und dadurch als Instrument faktisch wertlos ist. Der Stadtrat hat hier zwar – wie in den vorangehenden Jahren auch – Besserung gelobt, und es wäre wünschenswert, wenn diese denn nun im nächsten Voranschlag auch ersichtlich wäre. Die Aufsichtskommission (AK) hat sich zudem neben dem städtischen Voranschlag auch mit den WOV-Budgets verschiedener Städte und Kantone auseinandergesetzt. Ziel war herauszufinden, wie der Voranschlag formal übersichtlicher und benutzer- und benutzerinnenfreundlicher gestaltet werden kann. Die AK wollte zudem prüfen wie andere Gemeinden mit dem Problem des nicht steuerbaren Bereiches umgehen. Die Vorschläge wird die AK im neuen Jahr mit dem Departement Finanzen diskutieren und hoffentlich bereits auf den nächsten Voranschlag umsetzen können. Die AK bedankt sich beim Stadtrat, Finanzamt, den Amtsleiterinnen und Amtsleitern sowie bei allen Mitgliedern der Sachkommissionen und deren Sekretärinnen und Sekretären für die geleistete Arbeit und beantragt einstimmig, auf den Voranschlag 08 und den „Novemberbrief“ einzutreten.

**U. Bründler (CVP):** Die CVP-Fraktion bedankt sich zuerst für die geleistete Arbeit der Stadtverwaltung. Das Budget für das Jahr 2008 schliesst mit einem Aufwandüberschuss von 3,7 Millionen ab. Ein winziger Silberstreifen am Horizont. Mit Befriedigung nimmt die CVP diesen Voranschlag zur Kenntnis. Der Aufwandüberschuss kommt hauptsächlich aufgrund der geltenden Spielregeln des Zürcher Gemeindeamts zustande. Diese schreiben vor, dass Finanzausgleichsgemeinden, die mehr als 50 Millionen Steuerfussausgleich bekommen, 10 % ihres Eigenkapitals sofort wieder zur Deckung des Aufwandüberschusses verwenden müssen. Die gestiegenen Steuererträge stimmen seit Langem wieder einmal zuversichtlich. So allmählich macht sich der wirtschaftliche Aufschwung auch in der Stadt Winterthur bemerkbar. Die vorgesehenen 14 Millionen mehr Steuern sind ein Zeichen, dass sich die Bemühungen von Standortförderung und Stadtmarketing langsam auszahlen, und dass jetzt die Sparmassnahmen von win03 und HS07 sichtbar greifen, aber auch, dass sie nach wie vor notwendig sind. Ob allerdings diese budgetierten Steuereinnahmen nicht etwas zu optimistisch berechnet worden sind, angesichts der jetzt bekannten finanziellen Probleme der UBS und der CS, wird sich weisen. In diesem Zusammenhang erstaunt die

Aussage des Stadtrats im Landboten, dass das Defizit der Polizei durch das vermehrte Kassieren von Bussengeldern verringert werden kann und so auch das Polizei-Sparpaket wirken wird. Die CVP ging bis anhin stets davon aus, dass Bussen vor allem als Mittel zur Gewährleistung bzw. Erhöhung der Sicherheit eingesetzt werden und nicht zum Füllen der Stadtkasse.

Winterthur ist nach wie vor dringend auf das neue Finanzausgleichsgesetz angewiesen, um die Autonomie über die finanziellen Angelegenheiten wieder zurückzuerlangen. Die Zentrumslasten müssen der Stadt endlich mit einem eigenen Mechanismus abgegolten werden, und nicht zum Teil über den Steuerfussausgleich. Dieser ist ja auch zugleich massgebend für die Höhe des Steuerfusses, was wiederum einer Einschränkung der Gemeindeautonomie gleichkommt. Und die Maximalhöhe des Steuerfusses von 123 % ist nicht sehr einladend für Zuzüger, die sich mit dem Gedanken befassen nach Winterthur zu ziehen. In den umliegenden Gemeinden kann der Steuerfuss gesenkt werden, Winterthur bleibt vorderhand auf 123 % sitzen. Mit dem sehr erwarteten, revidierten Finanzausgleichsgesetz erhofft sich die CVP-Fraktion endlich eine Steuerfussenkung. Deshalb ist die CVP erstaunt, dass im IAFP ‚Steuern und Finanzausgleich‘ zu lesen ist, dass der Steuerfuss bis ins Jahr 2011 123 % betragen wird. Die CVP mag es der Finanzvorsteherin herzlich gönnen, dass sie gemäss Überschrift im Landboten wieder ruhiger schlafen kann. Doch die Mitglieder der CVP-Fraktion bekommen langsam Schlafstörungen, wenn der Steuerfuss auch in den nächsten vier Jahren auf diesem hohen Niveau bleibt.

Die vorgesehene Erhöhung der Lohnsumme für das städtische Personal ist sicher vertretbar. Vor zwei Jahren wurde ihnen gezwungenermassen der Lohn um 3 % gekürzt und jetzt, wo die Einnahmen steigen, ist es angemessen, gemäss Personalstatut, dem Personal den Teuerungsausgleich und die Erhöhung von Lohnstufe und Leistungsanteil wieder zu gewähren. Der Teuerungsausgleich wird gemäss Index zwar höher ausfallen, als geplant, die CVP-Fraktion wird aber auch diesem höheren Betrag zustimmen. Der vorgesehene Investitionsrahmen im Verwaltungsvermögen von 84 Millionen ist hoch. Zwar begrüsst die CVP eine Zunahme, aber muss er fast doppelt so hoch sein wie im laufenden Jahr? Jede Investition löst Folgekosten aus, die postwendend auf die Stadtkasse zukommen. Was schwierig nachzuvollziehen war, ist die Auflistung der neuen Stellen, die kompliziert zu lesen ist. Die Erhöhung um rund 42 Vollzeitstellen wird die CVP zähneknirschend schlucken. Ausserdem sollte grundsätzlich immer noch ein Stellenstopp bestehen, aber dem ist offensichtlich nicht mehr so. Teilweise ist die Aufstockung von dringend notwendigen Stellen verständlich, zum Beispiel im Sozialbereich. Es erstaunt aber, dass gerade im für die Stadt äusserst wichtigen Bereich "Sicherheit" die Veränderung nur marginal ist. Hier erwartet die CVP demnächst entsprechend der Stadt- und Gesellschaftsentwicklung einen Ausbau der Sicherheitskräfte. Fazit: Winterthur ist finanziell aus dem Gröbsten raus, aber es muss weiterhin noch viel auf dem Weg zu gesunden Finanzen getan werden. Die alleinige finanzpolitische Verantwortung kann die Stadt erst übernehmen, wenn die Reform des Finanzausgleichsgesetzes in Kraft tritt. Erst dann können wirtschaftliche Programme einen nachhaltigen Gewinn für die Stadt abwerfen. Die CVP tritt auf das Budget und den Novemberbrief 2008 ein.

**M. Zeugin (EVP/EDU/GLP):** Der budgetierte Gesamtaufwand reduziert sich von 1,949 Milliarden auf 1,927 Milliarden. Das entspricht einer Reduktion um 22 Millionen oder 2 %. Zu begrüßen ist, dass der Stadtrat auch mit diesem Budget eine Punktlandung plant. Der Personalaufwand erhöht sich um über 6 Millionen. Zum einen aufgrund des Teuerungsausgleichs, sowie des Stufen- und Leistungsanstiegs, zum anderen durch einen Stellenausbau. Pikant erscheint im Zusammenhang mit dem Stufen- und Leistungsanstieg, dass bei den Mitarbeitenden, die unter 30 Jahre sind und den dienstjüngeren, unter 5 Dienstjahre, eine durchschnittlich schlechtere Qualifikation beziehungsweise Bewertung erfolgte. Ganz nach dem Motto, wer bereits hat, dem wird gegeben. Daraus erfolgt für die älteren und Dienst älteren Mitarbeitenden einen überdurchschnittlich höheren Lohnanstieg während sich die Jüngeren und Dienst jüngeren mit nichts bis wenig zu begnügen haben. Die Fraktion fordert, dass sich der Stadtrat diesem Problem annimmt und die jungen Mitarbeitenden nicht vergrault.

Wer die laufende Rechnung im Gesamtüberblick betrachtet, stellt fest, dass die meisten Budgetposten zum Teil stark ansteigen – zum Beispiel Personalaufwand, Passivzinsen, Rohmaterialkosten, Energie, Entschädigungen für Dienstleistungen anderer Gemeinwesen, interne Verrechnungen. Weniger stark steigen die Abschreibungen. Eine Reduktion der Kosten resultiert lediglich in den Bereichen Sachaufwand, Betriebs- und Defizitbeiträge. Im Bereich Sachaufwand beträgt die Reduktion rund 33,2 Millionen, davon resultieren 16,5 aus einer neuen Verbuchungspraxis des Stadtrates. Der Stadtrat schreibt: „Der Aufwand hat gegenüber dem Budget 2007 leicht abgenommen, ist aber noch höher als in der Rechnung 2006.“ Nach der Kritik von M. Zeugin an den überdurchschnittlich stark gestiegenen Sachkosten im letzten Jahr, hat sich der Stadtrat Willens gezeigt, den nebulösen Pott Sachaufwand durchzukämmen und zu entschlacken. Dafür dankt M. Zeugin dem Stadtrat. Bleibt zu hoffen, dass das kein einmaliger Effekt im Zuge der Verwaltungscentralisierung bleibt. Auf der Ertragsseite wird ein Mehrertrag von knapp 15 Millionen beziehungsweise 5 % budgetiert. Diese Erhöhung erscheint vorsichtig optimistisch budgetiert. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion hofft, dass der effektive Wert höher zu liegen kommt. Denn mit lediglich 5 % liegt Winterthur im Vergleich mit anderen Städten eher im hinteren Feld. Eine Verminderung der Erträge wird im Bereich Entgelt budgetiert. Das ist die logische Folge des ebenfalls verminderten Aufwandes im Sozialbereich.

Die mit dem Budget erfolgte Absichtserklärung des Stadtrates im Bereich Investition aktiver zu werden, wird von der Fraktion begrüsst. Dabei ist aber Qualität vor Quantität zu setzen. Winterthur ist im engen Korsett des kantonalen Finanzausgleichs gefangen. Eine Reduktion der Steuern ist in nächster Zukunft reines Wunschdenken – für die einen erfreulich für die anderen bedenklich. Dass sich die Situation noch verschärft, zeigt sich auch daran, dass die Stadt Zürich eine Senkung des Steuerfusses plant. Wer glaubt, dass das keinen Einfluss auf die Stadt Winterthur beziehungsweise den Wirtschaftsstandort hat, liegt falsch. Vor allem mittel- bis langfristige Effekte werden die Stadt stark – wenn auch schleichend – beeinflussen. Senkt die Stadt Zürich die Steuern, verschlechtert sich kurzfristig die Wettbewerbsfähigkeit gegenüber Zürich. Mittel- bis langfristig werden in Zürich durch die Reduktion der Steuern die Landpreise steigen, das heisst die Mieten für Wohnungen und Büros werden ebenfalls steigen. Folge davon ist, dass Zürich gegenüber Winterthur vor allem für attraktive juristische und natürliche Personen mit einem höheren Steuereinkommen interessanter wird. Winterthur wird im Vergleich eher unattraktiv. Verstärkt wird dieser Effekt durch die rege Bautätigkeit im Wohnungsbau, weil dadurch das Angebot erneut erhöht wird. Folgende Aussagen lassen sich aus dieser Erkenntnis ziehen: Die technisch einfachste Variante wäre eine Steuerfussreduktion im gleichen Prozentwert wie Zürich – das ist aber nicht möglich. Winterthur muss sich wohl oder übel damit abfinden, dass die strukturellen Bereinigungen noch nicht ganz abgeschlossen sind und sich langsam die Langzeitwirkungen zeigen. Die Stadt Winterthur wird wohl weiterhin mit einer angespannten Situation und einer angespannten Wettbewerbsfähigkeit – vor allem in Bezug auf die umliegenden Gemeinden und die Stadt Zürich – rechnen müssen. Das hat vor allem Einfluss auf strategischer Ebene – zum Beispiel in Bezug auf die Budgetierung oder die Weiterentwicklung der Stadt. Eine weitere Massnahme könnte sein, weiterhin die Standortförderung von Firmen zu forcieren – eventuell sogar zulasten der Förderung des Wohnungsbaus. Die EVP/EDU/GLP-Fraktion bedankt sich für die geleistete Arbeit. Im Grossen und Ganzen ist die Fraktion mit dem Budget zufrieden. Sie wird auf die Budgetdebatte eintreten. Zu den einzelnen Anträgen aus den Fraktionen werden sich die Fraktionsmitglieder wieder zu Wort melden.

**R. Werren (FDP):** Die FDP-Fraktion wird auf das Budget eintreten und dankt dem Departement Finanzen für die anspruchsvolle Arbeit. Das Budget 2008 ist ausgeglichen – so wie es das Gesetz vorschreibt. Das Departement Finanzen hatte eine schwierige Koordinationsaufgabe zu bewältigen, weil die ganze Stadtverwaltung bereits im zweiten Jahr nach dem WOV-System geführt wird. Trotz verschiedener Aussagen des Stadtrates, dass auch Winterthur vom Aufschwung langsam profitieren kann, wird sich die Steuerkraft nur wenig verbessern. Die Aussichten, dass Winterthur einmal vom Kanton unabhängig sein wird, liegen immer noch in weiter Ferne. Da Winterthur mit der Umstellung auf das WOV-System eine

Pionierrolle einnimmt, hat sich im Vergleich mit anderen Städten und Kantonen, die ebenfalls mit WOV arbeiten, gezeigt, dass es bessere Systeme gibt. Einige Schwächen sind bereits erkannt worden. Die Aufsichtskommission wird zusammen mit dem Finanzdepartement diese Verbesserungsvorschläge einbringen.

Der Aufwandüberschuss von 3,7 Millionen erscheint nicht überdimensional und kann durch das Eigenkapital, das durch die Neubewertung der Liegenschaften vorhanden ist, aufgefangen werden. Die im „Novemberbrief“ beantragten Änderungen sind unbedeutend und enthalten eigentlich keinen Mehraufwand, sondern lediglich interne Veränderungen. Die Soziallasten sind etwas zurückgegangen, bleiben aber auf sehr hohem Niveau. Die FDP ist ebenfalls für eine verstärkte Investitionstätigkeit, es wird jedoch unmöglich sein, das ganze Investitionsprogramm, das zwischen 80 und 90 Millionen liegt, zu verwirklichen. Als realistische Annahme wird die vom Stadtrat budgetierte Investitionstätigkeit von ca. 48 Millionen angesehen. Gemäss Stadtrat müssen allein für die Substanzerhaltung der städtischen Infrastruktur 25 bis 30 Millionen aufgewendet werden. Den Unterhaltsaufgaben muss grosse Bedeutung beigemessen werden, weil sonst mit reduzierten Einnahmen bei den Mieteinnahmen gerechnet werden muss. Der Unterhalt dient der Werterhaltung und generiert Mehrwert. Nach wie vor ist die FDP mit dem Konzept des noch geltenden Finanzausgleichs sehr unglücklich. Die umliegenden Gemeinden können dank dem Wirtschaftsaufschwung die Steuern senken. Die FDP-Fraktion bedauert, dass die Stadt Winterthur aufgrund des erwähnten Korsetts nicht nachziehen kann. In Winterthur scheint auch der Wirtschaftsaufschwung etwas hinter den anderen Regionen nachzuhinken. Eine Steuersenkung wäre ein Grund neue Firmen dazu zu bewegen nach Winterthur zu ziehen, was zum notwendigen Wirtschaftsaufschwung beitragen würde.

Die FDP stimmt für die Gewährung des vollen Teuerungsausgleichs von 1,8 % (anstelle der budgetierten 0,9 %), für den statutengemässen Stufenanstieg und für die Erhöhung des Leistungsanteils auf eine Million. Die Fraktion dankt den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung für die geleistete Arbeit. Die Verdoppelung der Teuerung führt zu einem Mehraufwand von 3,6 Millionen. Der Stadtrat will diesen Betrag teilweise durch die eingesparten 900'000 Franken, die für die Euro 08 budgetiert waren, kompensieren. Die Kompensation der verbleibenden 2,7 Millionen soll im Laufe des Jahres erfolgen. Die FDP-Fraktion hofft, dass dem Stadtrat das gelingen wird. Die Logik, dass die Einsparungen für die Euro 08 jährlich wiederkehrend ausgegeben werden können, ist nicht nachvollziehbar. Die FDP wird einige Kürzungsanträge stellen. Der Antrag die Ausgaben für die Stadtentwicklung um 600'000 Franken zu senken, wird die FDP nicht unterstützen. Die Ausgaben sind von 3,5 Millionen für das Jahr 2007 auf 4,1 Millionen im Budget 2008 erhöht worden. Ein Aufgabenbereich wie die Stadtentwicklung lässt sich nur schwer messen. Die Fraktion steht dieser Erhöhung zwar weiterhin kritisch gegenüber, vertraut aber dem Stadtrat, dass er das Geld vorab auch für wichtige Projekte – zum Beispiel für die Quartierentwicklung im Zentrum Töss – verwenden wird, damit diese Quartiere ihre Projekte letztendlich selber weiterverfolgen können. Der Stadtrat soll den Anstoss geben. Den geplanten Stellenerhöhungen wird die FDP nicht vollumfänglich zustimmen. Dem Budget der Stadtwerke wird die Fraktion aber zustimmen. Die Zusage, dass die Gebühren in den folgenden Jahren gesenkt werden können, weil die Stadtwerke so gut arbeiten, ist sehr erfreulich – vor allem für die KMU und das Gewerbe. Eine leichte Entspannung der Finanzlage kann festgestellt werden. Aber ein verantwortungsvoller Umgang mit den Finanzen ist weiterhin angesagt. Die FDP-Fraktion wird auf die Budgetdebatte eintreten.

**R. Isler (SVP):** Die SVP-Fraktion nimmt zur Kenntnis, dass der Voranschlag 2008 besser daher kommt, als frühere Budgets, auch wenn augenfällig ist, dass die Stadt Winterthur nach wie vor dem Kanton auf Gedeih und Verderb ausgeliefert ist. Zudem ist Augenfällig, dass die Ausgaben bis zum letzten ausgereizt werden und sich strikte nach den Einnahmen richten. Auf den Punkt gebracht: Je grösser die Einnahmen, desto höher werden auch die Ausgaben budgetiert – oder umgekehrt. Der Aufwandüberschuss von 3,7 Millionen liegt im Machbaren, auch wenn das nicht als Glanzleistung bezeichnet werden kann. Diesbezüglich attestiert die SVP dem Finanzdepartement, dass aufgrund der Mechanismen des Finanz-

ausgleichs eine schwarze Null sehr schwer zu bewerkstelligen ist. Umso wichtiger ist es, dass die Stadt Winterthur alles daran setzt, dass sie endlich die alleinige und damit auch uneingeschränkte Finanzhoheit erlangen kann. Wer selbst über die Finanzen bestimmen und somit unter anderem auch den Steuerfuss selber festlegen kann, sendet ein starkes Signal nach Aussen und zeigt eine gehörige Portion Selbstvertrauen und Kraft. Gerade das ist die grosse Schwäche der Stadt. Bei jedem Projekt, das in Angriff genommen werden muss, bleibt ein ungutes Gefühl zurück. Die Politikerinnen und Politiker ziehen jeweils unwillkürlich die Köpfe ein, in der Erwartung dessen, was der grosse Geldgeber aus Zürich – der Kanton – wieder bemängeln wird. Es ist sicher von Nöten, dass das neue Finanzausgleichsgesetz eine merkliche Beruhigung und Planungssicherheit mit sich bringt. Tatsache ist, dass die Stadt auch im kommenden Jahr wieder 110 Millionen an Steuerfuss- und Steuerkraftausgleich erhalten wird.

Sicher erfreulich ist, dass der Steuerertrag der Stadt markant angestiegen ist. Auch wenn der Anstieg im Vergleich zu anderen Kommunen im Kanton sehr spät eingetreten ist. Aber lieber spät als gar nicht. Ebenfalls ein Anzeichen der langsamen Erholung von der finanziellen Schieflage, ist die Tatsache, dass ein Eigenkapital – wenn auch ein recht bescheidenes – von 37 Millionen angehäuft werden konnte. Dass infolge der nach wie vor angespannten Finanzsituation und der unabdingbaren Abhängigkeit vom Kanton, der Steuerfuss auf dem kantonalen Höchstsatz verbleiben muss, ist keine euphorische Einladung an Firmen, Unternehmungen und gut verdienende Personen sich in Winterthur anzusiedeln – zumal einige Nachbargemeinden ab 2008 den Steuerfuss bis zu 10 % senken können. Das ist für Winterthur ein Nachteil. Einer der unerfreulichen Punkte ist, dass gemäss Voranschlag wiederum 42 neue Stellen geschaffen werden sollen und das Mehrheitlich im Verwaltungs- und Sozialbereich. Gemäss aktuellen Zahlen ist aber genau dort eine merkliche Entspannung eingetreten. Auf der anderen Seite muss festgestellt werden, dass dort wo tatsächlich ein Nachholbedarf besteht – nämlich bei der Sicherheit – der Personalbestand auf tiefem Niveau verharrt. Eigentlich sollte bekannt sein, dass die Sicherheit als Standortvorteil einer der wichtigsten Faktoren ist. Die SVP-Fraktion will dem städtischen Personal Sorge tragen. Selbstverständlich wird auch die SVP die volle Teuerung zusprechen. Wenn aber jährlich praktisch in den gleichen Departementen immer mehr Personal angehäuft wird, kann die Fraktion das nicht tolerieren. Es müssen endlich personalpolitische Prioritäten geschaffen werden und das so rasch wie möglich.

Ebenfalls nicht rühmlich ist, dass sich die Nettoinvestitionen im Verwaltungsvermögen der städtischen Betriebe gegenüber dem letzten Jahr beinahe verdoppelt haben. Sicher nicht befriedigend sind auch die Passivzinsen, die sich nach wie vor auf gut 27 Millionen belaufen. Dieses Geld könnte man anderswo sicher besser gebrauchen. Global betrachtet sehen die WOV-Betriebe nicht so schlecht aus. Auch wenn einige Bereiche nach wie vor sehr undurchsichtig aufgelistet sind und Mehrausgaben zu verzeichnen sind, die ohne Erklärungen des Finanzdepartementes kaum nachvollziehbar sind. Es ist fraglich, inwiefern es Sinn macht Produktegruppen – wie zum Beispiel die Rechtspflege, Stadtpolizei, Feuerwehr – unter das Dach eines Globalbudgets zu stellen. Diese Institutionen sind gewissen Zyklen, Mechanismen und gesellschafts- und umweltpolitischen Strömungen unterworfen, die weder planbar noch berechenbar sind. Mit dem vorliegenden Voranschlag hat es sich die SVP-Fraktion nicht leicht gemacht. Sie wird trotz einiger Bedenken auf die Budgetdebatte eintreten. Sollten aber Anträge gestellt werden – mit Ausnahme des vollen Teuerungsausgleichs für das städtische Personal – die wiederkehrende Mehrausgaben und damit eine merkliche Budgetverschlechterung nach sich ziehen, wird die SVP das Budget ablehnen.

**A. Ramsauer (Grüne/AL)** schliesst sich dem Dank und den positiven Punkten seiner Vorrednerinnen und Vorredner an. Die Grüne/AL-Fraktion ist zufrieden, dass zum ersten Mal das neue Personalstatut angewendet wird. Fraglich ist, ob es nicht mehr bräuchte, damit die Stadt als Arbeitgeberin, vor allem auch im Kaderbereich, im konjunkturellen Aufwind konkurrenzfähig bleibt. Dass die Sachkosten etwa gleich bleiben, hat zur Folge, dass kein zusätzliches Investment in innovative ökologische Technologien stattfindet. Damit übernimmt die Stadt bei der Bekämpfung des Klimawandels – trotz Energiestadtlabel Gold, der

von Privaten erwirkt wurde – keine Führungsrolle. Gerade diese Überlegungen unterstützen die jährliche Forderung von A. Ramsauer nach einer strukturellen Gestehungskosten-Analyse. Eine Gestehungskosten-Analyse bietet die Möglichkeit, die Kosten zu reduzieren ohne Leistungen abzubauen. Der dadurch erwirtschaftete Gewinn kann in Nachhaltigkeit – zum Beispiel in Energiesparmassnahmen – investiert werden.

Die Steuerfussproblematik sieht A. Ramsauer nicht so dramatisch wie die bürgerliche Seite und zwar deshalb weil der Steuerfuss ein nicht im Vordergrund stehender Standortfaktor für die Ansiedlung von Unternehmen darstellt. A. Ramsauer versteht die Überlegungen der Gründliberalen nicht, dass Winterthur in einen Wettbewerbsnachteil geraten könnte, wenn die Grundstückspreise in Zürich steigen und folglich ein Wettbewerbsnachteil für Zürich entsteht. Das würde dazu führen, dass sich Unternehmungen eher in Winterthur ansiedeln würden. Der Kantonsrat hat heute wahrscheinlich nicht mehr über die Finanzausgleichsreform-Initiative beraten – obwohl sie traktandiert ist. Die Finanzausgleichsreform, die sich unabhängig von der Winterthurer Initiative in der Pipeline befindet, wäre für Winterthur vorteilhaft. Leider sind unheilige Allianzen zwischen der Goldküste und dem Hungergürtel zu befürchten. So dass Winterthur alles unternehmen muss um REFA verwirklichen zu können und um nicht weiterhin in der aktuellen Finanzausgleichssituation verbleiben zu müssen. Diese wird noch zusätzlich dadurch verschärft, dass die höheren Ebenen dazu neigen Kosten auf die tieferen Ebenen abzuschieben, nach dem Motto, die letzten beissen die Hunde. Bis anhin sind regelmässig Investitionen budgetiert und letztlich nicht getätigt worden. Mit dem Resultat, dass die eingesparten Abschreibungen die laufende Rechnung geschönt haben. A. Ramsauer hofft, dass dieser Mechanismus 2008 nicht zum Tragen kommt. Die Grüne/AL-Fraktion tritt auf das Budget ein.

**D. Hauser (SP):** Besser als auch schon – wenn das sogar die Opposition bestätigt, muss es sich um eine Glanzleistung handeln. Das meint D. Hauser durchaus als das Lob, das Stadträtin P. Pedernana vermisst hat. Der Stadtrat legt ein gutes und ausgeglichenes Budget vor. Die Kennzahlen sind positiv. Der Selbstfinanzierungsgrad sinkt zwar, das ist allerdings mit den hohen Investitionen in die gebührenfinanzierten Stadtwerke zu begründen und letztlich auch mit den zu tiefen Investitionen ins Verwaltungsvermögen der letzten Jahre aber auch mit den erzwungenen Abschreibung des Eigenkapitals von 10 %. Der Zinsbelastungsanteil liegt aber noch immer wesentlich tiefer als im Schnitt der letzten Jahre. Ein grosser Teil der Zinsbelastung wird durch die gebührenfinanzierten Stadtwerke erbracht. Deshalb sollte keine allzu grosse Senkung der Gebühren angemahnt werden, weil sich die Stadtwerke neu verschulden müssen, um in Zukunft gute Leistungen bieten zu können. Mit anderen Worten: Die Finanzpolitik des Stadtrates ist nachhaltig. Weitere Indizien für eine Verbesserung der Finanzsituation der Stadt sind die steigenden Steuereinnahmen, beziehungsweise auch die leicht steigende Steuerkraft pro Einwohnerin und Einwohner. Ein Indikator für die Verbesserung der wirtschaftlichen Strukturen der Stadt sind auch die stagnierenden Beiträge für Sozial- und Wirtschaftshilfe. Trotzdem ist es mit Blick auf den Kanton sehr wichtig, dass der Stadtrat in den nächsten Monaten intensiv Lobbyarbeit für die Reorganisation des Finanzausgleichs bei den Kantonsrätinnen und Kantonsräten betreibt aber auch bei den anderen Gemeinden. Es fühlt sich zwar eine Mehrheit der Gemeinden benachteiligt durch die Reorganisation aber ganz sicher profitiert eine grosse Mehrheit der Bevölkerung des Kantons. Das muss man in den nächsten Monaten durch Lobbyarbeit bekannt machen.

Im letzten Frühjahr hat die SP-Fraktion ein deutliches Lohnsignal an die Mitarbeitenden der Stadt gefordert. Das kann jetzt mit dem vollen Teuerungsausgleich, einem Stufenanstieg und einer Leistungszulage gemäss BEREWI endlich umgesetzt werden. In wirtschaftlich starken Zeiten kann die Stadt nicht auf allen Stufen mit der Privatwirtschaft mithalten. Trotzdem kann sie einen sehr deutlichen Fortschritt erzielen. Darauf musste das Personal lange warten. Einmal mehr erwartet die SP vom Stadtrat, dass er die 48 Millionen, die er als Investitionsplafond im Verwaltungsvermögen eingestellt hat, auch ausschöpft. Es soll nicht einfach eine Wunschgrösse sein, der man sich von Unten her annähert. Nur indem der Stadtrat den Investitionsplafond ausschöpft, kann der Werterhalt der Investitionen gewähr-

leistet werden. Beim Engagement im Finanzvermögen – beziehungsweise in der Liegenschaftspolitik – zeigt sich leider keine Trendwende, obwohl die SP-Fraktion das seit längerem fordert. Die Fraktion verlangt vom Finanzdepartement eine Arrondierung des Liegenschaftsportfolioes. Das heisst offensiv dazukaufen, anstelle einer Ausverkaufspolitik. Der Stadtrat will mit dem Budget 2008 erneut mehr weggeben und damit Tafelsilber verschreiben, als dazukaufen. Er hat nämlich 6,5 Millionen Buchgewinn budgetiert für den Verkauf von Finanzliegenschaften. Das sind fast 3 Millionen mehr als im Vorjahr. Die SP fordert vom Stadtrat eine klare Trendwende.

Bei der Vorbereitung des Budgets hat die SP Schwerpunkte gesetzt und wird die entsprechenden Kommissionsanträge unterstützen. Das betrifft folgende Anträge: Ausbau der Krippenplätze, Reduktion der Wartezeiten in der Langzeitpflege und eine Ausdehnung des Leistungsangebots der Spitex. Sowohl bei den Kindern, wie auch beim stetig steigenden Anteil der älteren Bevölkerung müssen die Leistungen verbessert werden. Die städtischen Finanzen lassen diese politische Schwerpunktsetzung zu. Die besseren städtischen Finanzen dürfen den Stadtrat aber nicht zu Frivolitäten verleiten. Der Gesamtbetrag von 8,4 Millionen für die Sanierung des Schlosses Wülflingen soll nach Meinung des Stadtrates gebunden sein. Das wird von der SP-Fraktion bestritten. In der Differenz der Nutzung der Liegenschaft als Luxusrestaurant oder als Restaurant in anderen Gourmetkategorien liegt ein Spielraum, der vom Stadtrat nicht in eigener Kompetenz ausgeschöpft werden darf. Deshalb unterstützt die SP-Fraktion die Streichung der Gebundenheit. Es zeigt sich, dass das Parlament aber auch die Verwaltung den Budgetprozess immer besser in den Griff bekommt. Das ist erfreulich. Insbesondere der Verwaltung gebührt ein Dank für die immer aussagekräftigeren Budgets der Produktgruppen. Aber der IAFP ist als Steuerungsinstrument noch immer nicht tauglich, insbesondere fehlt der Zusammenhang zu den Legislaturzielen. D. Hauser bittet das Finanzdepartement bei der Entwicklung von WOV ein Augenmerk dem IAFP zu widmen. D. Hauser dankt dem Stadtrat und beantragt namens der SP-Fraktion auf das Budget einzutreten.

**R. Kleiber (EVP/EDU/GLP):** Die EVP/EDU/GLP-Fraktion wird auf das Budget eintreten. M. Zeugin hat bereits im Namen der ganzen Fraktion gesprochen. R. Kleiber wird die Aussagen mit einigen Worten ergänzen. Das Budget ist ausgeglichen, die Fraktion ist aber nicht einfach mit Allem einverstanden, allerdings soll auch nicht allzu sehr daran herumgeschraubt werden. Die EVP dankt dem Stadtrat für das vorliegende Budget. Die Fraktion hat sich sehr intensiv mit den verschiedenen Anträgen aus den eigenen Reihen, aus den Kommissionen und aus den verschiedenen Parteien auseinandergesetzt. Der Grundtenor der Fraktion lautet: „Wir wollen einstehen für Kinder und Jugendliche und für Personen, die altersbedingt oder durch Unfall oder schwere Krankheit professionelle Pflege brauchen – also vor allem beim Pflegepersonal in den Pflegeheimen und beim Personal der Spitex.“ Die Fraktion wird zustimmen, wenn die Kreditaufstockung direkt den Kindern, Jugendlichen und den Pflegebedürftigen zugute kommt. Wenn aber eine Fachstelle geschaffen – also eine Zwischenhierarchie eingebaut werden soll – ist die Fraktion skeptisch und bezweifelt den Nutzen. Zum Teil ist die EVP/EDU/GLP-Fraktion auch geteilter Meinung. Die Fraktion wird einen Antrag stellen, dass die Schulzimmer für Handarbeit und Werken mit Computern ausgerüstet werden. Früher oder später werden die Computer angeschafft. So wie Wandtafel und Hellraumprojektor heute zum Schulzimmer gehören, gehört auch der Computer dazu. Sicher werden bald auch Beamer oder Visiolaser in den Schulzimmern Einzug halten. R. Kleiber wird den Antrag in der Budgetdebatte vertreten. Seit zwei Jahren wird vom Silberstreifen am Horizont gesprochen. Dieser Silberstreifen ermöglicht ein Aufatmen, ermöglicht auch ohne grosse Diskussionen den städtischen Angestellten den Lohn zu bezahlen, der ihnen zusteht. Der EVP/EDU/GLP-Fraktion ist es wichtig, dass die Stadt eine gute Arbeitgeberin ist und dass die Arbeitsbedingungen stimmen. Deshalb stimmt die Fraktion den stadträtlichen Anträgen zu, die den Lohn des Personals betreffen. Motivierte Angestellte kommen letztlich wieder der Bevölkerung und der Stadt zugute.

**Stadträtin V. Gick** dankt den Ratsmitgliedern für die überwiegend positive Aufnahme des Voranschlags. Auch dieses Jahr ist es dem Stadtrat gelungen pflichtgemäss einen ausgeglichenen Voranschlag zu präsentieren. Endlich kann auch ein gewisses Wachstum bei den Steuereinnahmen festgestellt werden. Die gute Konjunktur wirkt sich jetzt auch in Winterthur aus. Leider hat sich auch der Kanton wieder an die unglückliche Praxis erinnert, wonach die Bezüger des Steuerfussausgleichs jährlich 10 % des Eigenkapitals als Aufwandüberschuss budgetieren müssen. Deshalb resultiert auch ein Aufwandüberschuss von 3,7 Millionen. Die Steigerung der Steuereinnahmen ist kein Anlass zu Übermut. Die Finanzen bleiben angespannt und die Abhängigkeit vom Finanzausgleich ist nach wie vor enorm gross.

Das Tafelsilber soll verscherbelt werden, hat D. Hauser bemängelt. Der Stadtrat hat tatsächlich einen Anstieg von 5 Millionen bei den Vermögenserträgen budgetiert. Das ist eine einmalige Erscheinung. Dabei handelt es sich um das Land, das der KVA veräussert wird. Allein dafür beträgt der Gewinn 5 Millionen. Das hat mit Tafelsilber nichts zu tun. Im Übrigen sind lediglich 1,5 Millionen aus Liegenschaftenverkäufen budgetiert. Der Stadtrat will nichts forcieren. Das bedeutet aber, dass diese 5 Millionen im Jahr 2009 kompensiert werden müssen. Das muss im Auge behalten werden, wenn Anträge gestellt werden, die den Aufwand erhöhen. Belastend wirkt sich die Umsetzung der Neugestaltung des Finanzausgleichs und der Aufgabenteilung zwischen Bund und Kantonen (NFA) aus. Sie kostet die Stadt Winterthur 6 Millionen. Es sind vor allem Bundessubventionen für Sonderschulen, die ins Gewicht fallen. Diese Kosten werden die Stadt jedes Jahr erneut zusätzlich belasten. Trotzdem ist die Entwicklung der Stadt positiv, der Aufschwung ist spürbar, die Stadt wächst. Auch diese gute Nachricht hat eine Kehrseite – das Bevölkerungswachstum macht Investitionen in die Infrastruktur notwendig. Deshalb wird die Stadt in den nächsten Jahren mit grösseren Investitionen konfrontiert sein, die bewältigt werden müssen. Der Voranschlag 2008 ist so ausgeglichen wie das Gesetz es vorschreibt und wie der Kanton es zulässt.

Eine ganz wichtige Position sind die Lohnmassnahmen. Der Stadtrat muss für das Jahr 2008 keinen Antrag stellen, die Lohnmassnahmen, die im Personalstatut vorgesehen sind, auszusetzen. Teuerung, Erfahrungsstufe und eine Leistungsquote von 1 Million können ausgerichtet werden. Die Teuerung ist lediglich mit 0,9 %, das heisst mit 3,6 Millionen, ins Budget eingestellt worden. Effektiv beträgt die Teuerung 1,8 % das heisst der Betrag muss um weitere 3,6 Millionen erhöht werden. Der Kanton gewährt ebenfalls die volle Teuerung. Für den Stadtrat steht es ausser Zweifel, dass die Lohnmassnahme ausgerichtet werden sollen. Die 3,6 Millionen sollen bei den städtischen Allgemeynkosten zusätzlich eingestellt werden. Gleichzeitig wird bei der gleichen Produktgruppe eine Aufwandminderung von 3,6 Millionen eingestellt. Das heisst die Mehrkosten müssen über Fluktuationsgewinne oder andere Einsparungen realisiert werden. Die 3,6 Millionen sind eine grosse Korrektur. Der Stadtrat hält sie aber für verantwortbar und realistisch. Der Stadtrat ist erfreut, dass die statutarischen Leistungen dem Personal ausgerichtet werden können. Die Verwaltung der Stadt Winterthur ist sehr effizient und schlank. Das Personal muss sehr viel leisten. Neben der normalen Arbeit sind zahlreiche Personen in den ebenso zahlreichen Projekten von HS07 oder mit Reorganisationen zusätzlich stark gefordert und belastet. Mit der Realisierung der Lohnmassnahmen, die im Personalstatut vorgesehen sind, kann der Stadtrat angemessen reagieren und das Personal fair entschädigen. Es ist unverkennbar, dass die Konjunktur in gewissen Bereichen bereits zu einer Verknappung des Personals führt. Die Stadt muss am Arbeitsmarkt konkurrenzfähig bleiben.

Die Kommissionen haben in verschiedenen Bereichen namhafte Aufwandsteigerungen vorgesehen. Diesen stehen keine Einsparungen gegenüber. Der Stadtrat hat die Anträge an der letzten Sitzung erörtert und stellt seinerseits Anträge. Der neu strukturierte Budgetprozess wurde besonders gründlich analysiert und die Verteilung der Mittel wurde sehr fundiert und seriös ausgehandelt. Alle Departemente mussten Verzichte leisten, das war im Interesse des Ganzen notwendig. In Kenntnis der Bedürfnisse, die in den Kommissionen formuliert worden sind, ist der Stadtrat erneut über die Bücher gegangen. Einige Anträge, die in der Detailberatung behandelt werden, werden vom Stadtrat noch vorgestellt. Der Antrag den

Globalkredit der Famex um 217'000 Franken zu erhöhen, erscheint tragbar. Der Stadtrat wird sich diesem Antrag anschliessen. Für die Alterszentren wird der Stadtrat aber eine Erhöhung um höchstens 300'000 Franken beantragen. Dieses Jahr sind wieder eine Anzahl einmaliger Einnahmen zu verzeichnen, die helfen, den Voranschlag ausgeglichen zu gestalten. Eine Erhöhung des Globalkredits um 800'000 Franken – wie das die Sachkommission Soziales und Sicherheit vorschlägt – würde jährlich wiederkehrende Mehrkosten verursachen. Deshalb bittet der Stadtrat die Ratsmitglieder, dem stadträtlichen Antrag zu folgen. Das gleiche gilt für die Spitex. Hier steht eine durch die Kommission beantragte Erhöhung von 308'000 Franken dem Antrag des Stadtrates um eine Erhöhung von 180'000 Franken gegenüber. Der Stadtrat bittet die Ratsmitglieder auch hier dem stadträtlichen Antrag zu folgen, weil die Spitex nachhaltig finanziert werden muss. Mehrkosten in der von der Kommission vorgeschlagenen Höhe sind auf Dauer kaum finanzierbar. Der Stadtrat hat bereits 42 neue Stellen im Voranschlag eingestellt. Die Kommission will jetzt noch mehr zusätzliche Stellen schaffen. Der Stadtrat will die Stellenerhöhung aber im Griff behalten.

Das robuste Wirtschaftswachstum wirkt sich endlich auch in Winterthur aus. Die Finanzsituation bleibt aber eng. Der Vorschlag zur Reform des Finanzausgleichs (REFA) liegt auf dem Tisch. Der Kanton hat einigermaßen Mut bewiesen und ein neues System gewählt. Für Winterthur ist wichtig, dass das neue System eine Verstärkung des Ressourcenausgleichs vorsieht und endlich die Zentrumslasten von Winterthur anerkennt. Wenigstens ein Teil davon soll ausgeglichen werden. Winterthur erhält zwar dadurch nicht mehr Geld aber ein wesentlich besseres System, das der Stadt Winterthur ermöglicht Eigenkapital zu bilden. Das ist ein wesentlicher Anreiz. Zudem erhält Winterthur die Finanzhoheit, die jetzt stark beschnitten ist, zurück. Stadträtin V. Gick ist optimistisch und hofft, dass das neue System noch nicht gestorben ist. Bisher haben sich vor allem die Gegner des Finanzausgleichs zu Wort gemeldet – nämlich die reichen und die ganz armen Gemeinden. Bei diesem System haben aber lediglich 2 bis 4 % der Gemeinden einen Nachteil zu befürchten. Diese haben sich bereits lauthals gemeldet. Etwa 20 % der Gemeinden gewinnen mit dem neuen Finanzausgleich – diese Kommunen werden sich noch zu Wort melden. Für die übrigen Gemeinden bleibt das System neutral. Es handelt sich aber um ein besseres System, das die richtigen Anreize setzt. Es ist moniert worden, dass der IAFP stärker gewichtet werden soll. Das ist absolut richtig. Der Stadtrat will im Budgetprozess im kommenden Jahr das erste Planjahr gleich gewichten wie das Budgetjahr und damit dem IAFP das nötige Gewicht geben. Zu den Frivolitäten – zum Beispiel zum Schloss Wülflingen – wird Stadträtin V. Gick in der Detailberatung Stellung nehmen.

**H. Keller (SVP)** weist auf einen Rechnungsfehler im modifizierten Budgetantrag des Stadtrates hin. Der Fehler wird korrigiert.

**St. Fritschi (FDP)** ist erstaunt, dass der Stadtrat so einfach das Budget um 700'000 Franken erhöht. Der Stadtrat hat in den letzten Jahren eine Vorreiterrolle gespielt, indem er verschiedene Sanierungsmassnahmen mit viel Engagement durchgezogen hat – HS07, win.03 etc. Bei jeder Kürzung um 10'000 Franken war ein sehr grosser Aufwand notwendig, um sie durchzusetzen. Jetzt werden aus einzelnen Kommission durch Zufallsmehrheiten höhere Ausgaben verlangt und schon stimmt der Stadtrat einem Mehraufwand von 700'000 Franken zu. Dieser Mehraufwand muss jedes Jahr erneut budgetiert werden. Das ist verantwortungslos. Was die nachkommenden Generationen unternehmen müssen, um diese 700'000 Franken wieder zu reduzieren, daran darf St. Fritschi gar nicht denken.

**Stadträtin V. Gick** kann verstehen, dass man zu diesen Anträgen unterschiedliche Ansichten haben kann. Das Wort verantwortungslos kann sie aber nicht stehen lassen. Der Stadtrat hat sehr genau geprüft und abgewogen, wie einerseits den Wünschen des Parlaments Rechnung getragen und andererseits die Finanzen ausgewogen gestaltet werden können.

## **Detailberatung**

### **Departement Kulturelles und Dienste**

---

**Ratspräsident P. Rütimann** wird die Budgets der einzelnen Produktegruppen durchgehen. Die Anträge können jeweils direkt gestellt werden. Falls keine Anträge gestellt werden, gilt das Budget der jeweiligen Produktegruppe oder Institution als genehmigt.

## 121000 Personalamt

**R. Werren (FDP)** stellt im Namen der FDP folgenden Antrag: Das Globalbudget der Produktegruppe Personalamt, Produkt 4, Gleichberechtigungsstelle soll um 100'000 Franken reduziert werden von 2'807'658 Franken auf 2'707'658 Franken. Es handelt sich um einen Antrag der FDP-Fraktion. An der letzten Ratssitzung wurde ein Postulat eingereicht, das die Einführung des Lohngleichheitstests Logib verlangt. Dieser Antrag hat überrascht, weil die Stadt seit Jahren über eine hochdotierte Gleichberechtigungsstelle und über ein modernes Personalstatut verfügt, bei dessen Revision der Gleichberechtigung grösste Beachtung geschenkt wurde. R. Werren fragt sich, ob diese Stelle noch gerechtfertigt ist. Die Mitarbeitenden der Gleichberechtigungsstelle nehmen innerhalb des Personalamtes auch andere Aufgaben wahr. Wurde damit das Personalamt kalt aufgestockt? Es ist nicht glaubhaft, dass in der Stadtverwaltung noch immer Lohnunterschiede zwischen Mann und Frau bestehen sollen. Der Stadtpräsident gehört der Sozialdemokratischen Partei an – ihm ist das Personalamt unterstellt. Ein weiterer Sozialdemokrat ist Mitglied des Stadtrats und die ebenfalls sozialdemokratische Stadträtin P. Pedergnana hat sich seinerzeit im Rat vehement für die Rechte der Frau eingesetzt. Wenn es tatsächlich noch Unterschiede gäbe, müssten diese rasch behoben werden. Das wäre aber für die sozialdemokratische Übermacht im Stadtrat beschämend. Nachdenklich stimmt, dass zwei der Postulantinnen in der Stadtverwaltung arbeiten. Wenn nun die Antwort für Logib zeigt, dass es keine Unterschiede gibt, dann besteht der Verdacht, dass man sich vorab um das eigene Portefeuille sorgt. Eigentlich sind die Ratsmitglieder vom Volk gewählt und sollten sich für Anliegen, die dem Volk dienen einsetzen und nicht für das eigene Wohl. R. Werren bittet die Ratsmitglieder, dem Kürzungsantrag zuzustimmen.

**B. Baltensberger (SP)** begreift die Gedanken der FDP nicht. Nur weil die Postulantinnen vorschlagen, zu prüfen, ob Logib in der Stadtverwaltung eingeführt werden soll, unterstellt die FDP den Angestellten des Büros für Gleichstellung, sie machen ihre Arbeit nicht gut. Deshalb soll das Budget um 100'000 Franken gekürzt werden. Das ist nichts anderes als ein Schnellschuss. Diese Art der Beurteilung der Arbeit der Stadtverwaltung ist nicht seriös. Eigentlich wünscht sich B. Baltensberger von der FDP mehr Differenziertheit in der Frage der Gleichstellung. Der Vorwurf, dass die Postulantinnen ins eigene Portefeuille arbeiten, ist daneben.

**R. Isler (SVP):** Es wird nicht erstaunen, dass die SVP-Fraktion den Antrag der FDP unterstützt. R. Werren hat die Gründe bereits ausführlich dargelegt.

**Stadtpräsident E. Wohlwend:** B. Baltensberger hat es auf den Punkt gebracht – das Postulat ist ein Auftrag an den Stadtrat einen Gegenstand zu prüfen. Damit ist nicht gesagt, dass der Inhalt des Postulates auch zutrifft. Der Stadtrat ist überzeugt, dass nach der Einführung von BEREWI keine Lohnungleichheiten mehr bestehen. Aber der Stadtrat wird das im Rahmen des Postulats überprüfen und das Ergebnis dem Rat vorlegen. Das Gleichstellungsbüro kümmert sich aber nicht nur um Lohnfragen. Es gibt eine Reihe weiterer Elemente, die ebenfalls eine Rolle spielen. Die Gleichstellungsbeauftragten sind auch damit beauftragt, den Anteil der Frauen im Kader zu erhöhen oder im Einzelfall auch den Anteil der Männer in gewissen Institutionen zu erhöhen. Konkret ist der Frauenanteil im Baudepartement, Stadtbus oder Polizei insgesamt zu erhöhen und im Bereich Spitex ist der Männeranteil zu erhöhen. Die Gleichstellung kümmert sich nicht nur um Frauen sondern auch um Männer. Stadtpräsident E. Wohlwend bittet die Ratsmitglieder dem Kürzungsantrag nicht zuzustimmen und den Budgetposten von 2,807 Millionen zu belassen.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag der FDP-Fraktion, das Budget der Gleichberechtigungsstelle um 100'000 Franken zu kürzen, abstimmen.

**Der Rat** lehnt den Antrag mit klarer Mehrheit ab.

**142000 Stadtentwicklung** keine Anträge

**152000 Theater Winterthur** keine Anträge

**155000 Bibliotheken** keine Anträge

**157000 Subventionsverträge und Beiträge an Dritte** keine Anträge

### **158000 Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten**

**Ch. Denzler (FDP)** will einen Gedankenanstoss zuhanden des Protokolls vortragen. Es ist ihr bewusst, dass sie hier keine Korrektur anbringen dürfte. An der letzten Ratssitzung hat der Gemeinderat das von Ch. Denzler namens der FDP eingebrachte Postulat, wonach ein neues Nutzungskonzept für das Schloss Heg zu erarbeiten sei, ohne Gegenstimmen überwiesen. Es erscheint daher wenig sinnvoll im Budget 2008 einen gebundenen Kredit zur Renovation der Abwartswohnung aufzuführen bevor im Rat zu diesem Thema diskutiert werden konnte. Ch. Denzler regt den Stadtrat an den budgetierten Kredit von 130'000 Franken in eigener Kompetenz einzufrieren bis Klarheit über die Nutzung der Abwartswohnung besteht. Die zwei Jahre bis zur Pensionierung des Schlossabwarts wird die Wohnung ohne Renovation wohl ertragen können, zumal die Gebundenheit der Summe seit 2003 besteht und bis dato nicht ausgeführt wurde. Ch. Denzler dankt dem Stadtrat für die wohlwollende Prüfung.

**Ratspräsident P. Rütimann:** Weist auf den Antrag der Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) hin. Folgende zwei Leistungsmengen sollen aus dem Infoteil herausgenommen und neu in die parlamentarische Zielvorgaben aufgenommen werden: Die Anzahl der Durchgeführten Führungen für Schulklassen und die Anzahl der abgelehnten Führungen für Schulklassen. Dieser Antrag ist mit 7 zu 1 Stimmen von der Kommission angenommen worden.

**B. Gruber (SP):** Die Leistungsmenge, wurde bisher im Informationsteil aufgeführt, diese ist jetzt als Leistungsziel definiert worden. Die Änderung ist in einer WOV-Motion von E. Schlegel gewünscht worden. Diesem Wunsch hat der Stadtrat entsprochen.

**Stadtpräsident E. Wohlwend:** Es handelte sich um eine Interpellation – nicht um eine Motion. Der Stadtrat hat daraufhin erklärt, dass er diesen Umstand prüfen wird. In der Kommission ist darüber diskutiert worden. Daraufhin hat die Kommission den Antrag gestellt, zwei weitere Kennzahlen in die Zielvorgaben aufzunehmen – nämlich die Anzahl der durchgeführten Führungen für Schulklassen und die Anzahl abgelehnter Führungen von Schulklassen. Dass die Anzahl abgelehnter Schulklassen noch immer bei 50 liegt, hat damit zu tun, dass auch auswärtige Schulklassen mitgezählt werden. Die Schulklassen aus der Stadt Winterthur werden bevorzugt. Der Stadtrat ist mit dieser Änderung einverstanden. Den Anstoss von Ch. Denzler (FDP) hat der Stadtpräsident aufgenommen. Der Stadtrat will an der Hauswartwohnung keine Änderungen vornehmen, die eine bestimmte Nutzung zementieren. Aber die Sanierung der Fenster und ähnliche Unterhaltsarbeiten müssen trotzdem durchgeführt werden.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag der BSKK abstimmen beim Globalbudget Städtische Museen, Kulturinstitutionen und Bauten, Kulturvermittlung einen 5 Titel einzuführen in den Messgrößen Anzahl durchgeführter Führungen für Schulklassen und abgelehnte Führungen für Schulklassen.

**Der Rat** stimmt mit grosser Mehrheit dem Antrag zu.

**170000 Rechtspflege** keine Anträge**Departement Finanzen**

---

**211000 Finanzkontrolle** keine Anträge**221000 Finanzamt** keine Anträge**222000 Informatikdienste**

**R. Werren (FDP):** Die Aufsichtskommission (AK) stellt den Antrag in der Produktegruppe Informatikdienste den Kredit von 100'000 Franken für die Leitungen und die Projektierung von City-W-LAN zu streichen. Die FDP ist der Meinung diese Leistung gehört zum Wünschbaren. R. Werren bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

**A. Ramsauer (Grüne/AL):** In der AK ist ursprünglich der Antrag gestellt worden, den Stadtrat aufzufordern zu Protokoll zu geben, dass er ein Konzept für sämtliche Strahlungsquellen – Antennen für Mobilfunk, Funkantennen, Hotspots etc. – erstellen wird mit dem Ziel, die gesamten Emissionen durch Elektromog zu stabilisieren eventuell sogar zu reduzieren. Weil der Stadtrat auf dieses Anliegen nicht eingegangen ist, hat sich die Grüne/AL-Fraktion dem Ablehnungsantrag angeschlossen. Falls der Stadtrat jetzt noch zu Protokoll geben will, dass er ein Konzept betreffend Strahlungsquellen ausarbeiten wird oder die Strahlung über Kontrollen in den Griff bekommen will, würde die Grüne/AL-Fraktion dem Ablehnungsantrag nicht zustimmen.

**J. Würzler (SP):** Die SP-Fraktion wird den Antrag der FDP-Fraktion ablehnen. Die Projektierung eines W-LAN-Netzes ist wichtig. Allerdings wünscht auch die SP-Fraktion, dass der Einfluss der verschiedenen Strahlungen aufgezeigt wird. Der kumulierte Einfluss auf den Menschen soll untersucht werden.

**R. Isler (SVP):** Die SVP wird die Streichung der 100'000 Franken aus dem Budget unterstützen. Die Stadt hat keinen Spielraum für finanzielle Kapriolen. Die SVP fragt sich ernsthaft, ob es zum Aufgabengebiet des Staates gehört ein W-LAN-Netz zu errichten. Wenn das ein Privater übernehmen will, wird sich die SVP bei ihm bedanken. Es ist aber sicher nicht Sache des Staates ein solches Netz zu erstellen.

**M. Zeugin (EVP/EDU/GLP):** Die EVP/EDU/GLP-Fraktion ist gegen eine Streichung des Kredits von 100'000 Franken für die Errichtung eines W-LAN-Netzes. Es ist zu begrüßen, dass ein solches Netz in Winterthur eingerichtet wird – wie in anderen Städten auch. Die Fraktion würde es allerdings begrüßen, wenn die Strahlungssituation geprüft würde und der Stadtrat eine Entsprechende Erklärung abgeben würde.

**Stadträtin V. Gick** bittet die Ratsmitglieder das B für den Projektierungskredit nicht zu streichen. W-LAN ist eine Zukunftstechnologie, die auf der ganzen Welt Verbreitung findet und in immer mehr Schweizer Städten installiert wird. Etliche Städte haben W-LAN bereits eingerichtet, weil sie dem Wildwuchs, der sonst stattfindet, etwas entgegensetzen wollen. Der Aufbau von W-LAN kann jeder Private und jeder Unternehmer vornehmen. Die Sender sind so schwach, dass keine Bewilligung notwendig ist. Der Stadtrat will ein Projekt vorstellen, in dem das Für und Wider seriös abgewogen wird. Der Gemeinderat kann dann entscheiden, ob die Installation von W-LAN Sinn macht. Wenn bereits der Projektierungskredit gestrichen wird, ist es schwierig die Vor- und Nachteile abzuschätzen. Eine Erklärung, wie sie A. Ram-

sauer fordert – nämlich dass der Stadtrat die Gesamtsumme der Strahlenbelastung einfrieren und eine Übersicht über alle Mobiltelefon- und Funkantennen inklusive W-LAN geben wird, kann die Stadträtin so nicht zusichern. Dazu braucht es vorgängige Abklärungen. Die Strahlung dieser Access Points ist sehr klein – tausend Mal kleiner als im Bereich eines Baby-Phones. Trotzdem ist es nicht gut, wenn überall in der Stadt solche Strahlungsquellen ins Kraut schießen. Es macht Sinn, dass die Stadt das in die Hand nimmt. Stadträtin V. Gick bittet die Ratsmitglieder den Projektierungskredit im Budget zu belassen. Damit hat der Stadtrat die Möglichkeit, die notwendigen Abklärungen zu treffen.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag der AK abstimmen, das City-W-LAN zu streichen.

**Der Rat** lehnt den Antrag mit 29 zu 25 Stimmen ab.

### **233000 Steuerbezug** Keine Anträge

### **240000 Liegenschaftenverwaltung**

#### **Verpflichtungskredit 12845 Infrastruktur Wasserrückhaltebecken Hegmatten**

**E. Wettstein (SP)** stellt im Namen der BBK den Antrag das B im Projektierungskredit 503091 und das Gebundenheitszeichen im Ausführungskredit 503092 zu streichen. Der Hangar der Segelfluggruppe Winterthur gehört der Stadt und ist nach Aussage des Stadtrates in einem maroden Zustand. Der Hangar muss neu erstellt werden, wenn weiterhin geflogen werden soll. In der Kommission ist die Frage aufgetaucht, ob es die Aufgabe der Stadt sein kann einen neuen Hangar für die Segelfluggruppe zu bauen. Die Kommission will das Projekt grundsätzlich diskutieren, bevor Geld ausgegeben wird.

**Stadträtin V. Gick** bittet die Ratsmitglieder das B für den Projektierungskredit von 50'000 Franken nicht zu streichen. Der Stadtrat sollte eine fundierte Vorlage für den Gemeinderat erstellen können, damit das Für und Wider dieser Investition abgewogen werden kann.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag, das B im Projektierungskredit 503091 zu streichen, abstimmen.

**Der Rat** stimmt der Streichung mit klarer Mehrheit zu.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag, das Gebundenheitszeichen im Ausführungskredit 503091 von 1'000'000 Franken zu streichen, abstimmen.

**Der Rat** stimmt der Streichung des Gebundenheitszeichens mit klarer Mehrheit zu.

### **Verpflichtungskredit 33025 Rest. Schloss Wülflingen**

**R. Meier (SVP):** Von März bis Juni 2007 sind im Schloss Wülflingen Bauabklärungen getroffen worden und im Juli 2007 wurde das Bauprojekt eingereicht. Zu diesem Zeitpunkt hat man bereits gewusst, wie hoch die Kosten etwa sein werden. Die Sachkommission Bau und Betriebe (BBK) ist vor zwei Wochen erstmals von Stadträtin V. Gick und ihren Mitarbeitenden über die Umbauarbeiten am Schloss Wülflingen informiert worden. Bis zu diesem Zeitpunkt haben die Kommissionsmitglieder alles den Medien entnehmen müssen. Auf Druck der BBK sind die genauen Pläne geliefert und die Kosten des Projekts beziffert worden. Diese Unterlagen sind letzten Montag der Kommission vorgelegt worden. Das Papier umfasst rund 30 Seiten und datiert vom 12. September 2007. Das heisst die Kommission hatte keine Chance sich damit zu befassen. Die BBK zweifelt nicht daran, dass dieses Schloss

erhalten und saniert werden muss. Sie zweifelt aber an, dass alle Kosten gebunden erklärt werden können. Die Kommissionsmitglieder sind enttäuscht und absolut nicht mit dem Stadtrat einverstanden. Er hat es nicht für notwendig erachtet die Kommissionen und den Gemeinderat rechtzeitig zu informieren. Der Stadtrat hat mit seinem Vorgehen die Kommissionen und den Gemeinderat ausgeschaltet. So kann er 8 Millionen am Volk vorbeischmuggeln. Gehört das zu den vertrauensbildenden Massnahmen des Stadtrates? Nachdem die Frist für eine Beschwerde an den Bezirksrat verpasst worden ist, weil sich die Kommission damals mangels Informationen noch nicht mit dem Thema befasst hat, stellt die BBK folgenden Antrag: Das Gebundenheitszeichen ist zu streichen und mit dem Zeichen noch nicht bewilligt zu ersetzen. Die Kommission hat dem Antrag mit 7 zu 2 Stimmen zugestimmt. Die Kommissionsmitglieder wissen, was dieser Entscheid für den Stadtrat bedeutet. Es werden Mehrkosten entstehen. Aber diese Mehrkosten können weder dem Gemeinderat noch den Kommissionen angelastet werden. Die muss der Stadtrat verantworten. R. Meier bittet die Ratsmitglieder dem Antrag der BBK zuzustimmen. Die SVP-Fraktion stellt sich hinter diesen Antrag, den sie auch in der BBK gestellt hat.

**B. Günthard-Maier (FDP):** Im Sinne eines Mitberichtes der AK wird sich B. Günthard-Maier zu diesem Thema äussern. Der Stadtrat hat bereits am 20. Juni 2007 eine Konzeptstudie zu den Sanierungsarbeiten am Schloss Wülflingen zu Kenntnis genommen, die eine Kostenschätzung für die Gesamtausgaben von rund 8 Millionen enthalten hat. Daraufhin hat er einen Kredit von 2 Millionen für die weitere Projektierung bewilligt. Am 9. Juli 2007 hat das Departement Finanzen die BBK und die Fraktionspräsidenten per Brief darüber informiert. Am 12. Juli 2007 ist eine Medienmitteilung versandt worden. Am 24. Oktober 2007 hat der Stadtrat das Gesamtprojekt genehmigt und die weitere Tranche – also die rund 6 Millionen – für gebunden erklärt und das Projekt im Novemberbrief eingestellt. Am 26. November 2007 ist die BBK und am 28. November 2007 sind die Medien über diesen Entschluss informiert worden. Am 3. Dezember 2007 ist das Geschäft in der BBK und in der AK behandelt worden. In der AK sind besonders zwei Punkte auf Kritik gestossen. Zum einen wurde das Vorgehen kritisiert. Das Problem ist, dass der Gemeinderat nie die Gelegenheit hatte aufgrund von Fakten zu beurteilen, ob der Sanierungsaufwand und die Gebundenheitsklärung gerechtfertigt sind. Es sind auch keine weiteren Finanzierungsmöglichkeiten vorgeschlagen worden. Der Gemeinderat hatte keine Entscheidungskompetenzen. Materiell hat die AK in Frage gestellt, ob die ganzen 8 Millionen gebundene Ausgaben darstellen. Sie hat insbesondere bemängelt, dass die Gebundenheit auch die Neuinstallation des Gastrobetriebes beinhaltet. Darüber und über die Höhe der Investitionen kann diskutiert werden. In den letzten Wochen haben sich drei Varianten herauskristallisiert, wie mit der Situation umzugehen ist. Der Gemeinderat kann die Gebundenheit des gesamten Kredits akzeptieren. Die BBK beantragt das Gebundenheitszeichen zu streichen. Die AK hat vor einer Woche mit 7 zu 4 Stimmen beschlossen eine Aufsichtsbeschwerde an den Bezirksrat einzureichen. Diese Aufsichtsbeschwerde liegt in einem Entwurf vor. Weiter wird abgeklärt, ob ein Beschlussantrag an den Gemeinderat gestellt werden muss. Falls notwendig, wird die AK diesen Antrag in einer nächsten Sitzung vorlegen. Die AK hat den Entscheid, eine Aufsichtsbeschwerde einzureichen gefasst, ohne dass bekannt war, dass über das Gebundenheitszeichen diskutiert werden kann. Das heisst dieser Antrag relativiert sich. Die Mehrheit der AK wird sich dem Antrag auf Streichung des Gebundenheitszeichens anschliessen. Weil der Beschluss in der AK bereits gefällt worden ist, muss B. Günthard-Maier diesen Antrag trotzdem stellen.

**R. Wirth (SP):** Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der BBK auf Streichung des Gebundenheitszeichens. Es gibt dafür zwei Gründe. Einerseits bestehen Zweifel, ob wirklich 8 Millionen als gebunden bezeichnet werden können. Gebunden bedeutet, dass weder sachlich noch zeitlich ein erheblicher Spielraum besteht. Eine Analyse der Baukostenabrechnung zeigt, dass es sich offensichtlich um eine Luxusvariante handelt und es deshalb anständiger gewesen wäre, wenn sich das Parlament rechtzeitig dazu hätte äussern können. Die WC-Anlage kostet zum Beispiel mit 600'000 Franken, die Küche 530'000 Franken, Pla-

nungs- und Beratungshonorare 1,5 Millionen – bei einer Bausumme von 8 Millionen ist das ein bemerkenswerter Betrag. 80'000 Franken sind für Gastroberatung eingesetzt. Da ist eine Gebundenheit schlicht nicht vorstellbar. 250'000 Franken sind für Mobiliar, Geschirr und Besteck vorgesehen. Hätte die Stadt nicht auch eine Rohbaupacht anstreben können? Die BBK hätte sich gerne zu diesen Punkten geäussert. Andererseits sind politische Gründe für den Antrag geltend zu machen. Das Finanzdepartement hat nicht eben pro aktiv informiert. Dass die BBK erst detailliert informiert wurde, als bereits ein grosser Teil der Aufträge vergeben waren, ist unverzeihlich und deutet auf mangelnde Wertschätzung des Parlamentes hin. Trotz Zeitdruck wäre es möglich gewesen eine ordentliche Weisung vorzulegen. Der SP-Fraktion ist es fast peinlich, den Stadtrat nachträglich zu einer Weisung zu zwingen. Es ist aber angesichts der Tatsache, dass auf dieser relativ kleinen Baustelle in kürzester Zeit 8 Millionen zu Gunsten einer elitären Minderheit verbaut werden, eine Notwendigkeit. R. Wirth bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

**U. Bründler (CVP):** Das Schloss Wülflingen ist ein Markenzeichen und Aushängeschild von Winterthur. Und es tut gut zu wissen, dass es nicht verkauft werden darf. In den letzten Jahrzehnten wurden jedoch die Massnahmen zur Instandhaltung und Werterhaltung vernachlässigt und das rächt sich nun. Die Kosten für die notwendigen Sanierungen und Renovierungen des gesamten Gebäudes von 8 Mio. Franken sind enorm hoch. Die CVP-Fraktion geht aber davon aus, dass dies sorgfältig berechnet und auch die rechtliche Seite abgeklärt wurde. Die Art und Weise, wie dem Gemeinderat die 8 Millionen Franken zugespielt wurden, löst aber Kopfschütteln aus. Die gesamte Renovation, ausser der Wiederinstandstellung des Gartens, wurde als gebunden erklärt, was zum Teil nachvollziehbar ist, da es zur Hauptsache dem Ersatz des Bestehenden dient. Doch bei dieser grossen Summe hätte der Stadtrat aus Gründen der Offenheit und Fairness anders handeln können. Aufgrund des Artikels 9 der Verordnung über den Gemeindehaushalt hätte der Stadtrat im Laufe des Jahres einen Nachtagskredit zum Budget 2007 beantragen müssen und das hat er versäumt. So kommt der Verdacht auf, dass die Finanzhoheit des Gemeinderates untergraben worden ist. Die CVP ist sich aber bewusst, dass der Gemeinderat früher hätte reagieren sollen. Wurden doch bereits im Juli in den Medien und in der AK diese 8 Millionen kommuniziert. Da hätten die Ratsmitglieder mit dringlichen Interpellationen auf diese Ankündigung reagieren können. Niemand hat dies gemacht. Doch mit den Medienmitteilungen hätte der Stadtrat auch dem Gemeinderat Fakten präsentieren können, dies wäre eine offene Politik gewesen und hätte vieles vereinfacht. Doch jetzt, da die Bauarbeiten im vollen Gange sind, hat es keinen Zweck mehr, irgendetwas daran zu ändern. Es kann doch nicht sein, dass im momentanen Stadium die Handwerker nach Hause geschickt werden. Das dient der Sache nicht. Um das Risiko zu umgehen, dass dem drohenden Baustopp zugestimmt wird, haben die Ratsmitglieder jetzt die Chance ohne spezielle Weisung diesen Betrag im Rahmen des Budgets 2008 gutzuheissen.

Die CVP-Fraktion ist aber der Meinung, dass der Antrag der AK die Gebundenheit durch den Bezirksrat überprüfen zu lassen, unterstützenswert ist. Es ist aber fraglich, ob dazu eine Aufsichtsbeschwerde überhaupt nötig ist, da doch im Artikel 9 der Verordnung des Gemeindehaushalts klar steht, dass in einem solchen Konfliktfall der Bezirksrat ohnehin zu entscheiden hat. Den Antrag der BBK die Gebundenheit aus dem Budget zu streichen, wird die CVP-Fraktion aber nicht unterstützen. Dies käme mit Sicherheit einem vorübergehenden Bau-stopp gleich. Die CVP will, dass das Schloss Wülflingen bald wieder in neuem Glanz erstrahlt und es wieder zum Lokal wird, das es einmal war. Nicht ein Lokal für die oberen Zehntausend, sondern ein Lokal, wo die ganze Winterthurer Bevölkerung ihre Feste in gehobenem Rahmen feiern kann.

**J. Altwegg (Grüne/AL):** Die BBK ist am 9. Juni 2007 darüber informiert worden, dass ein nicht vorhersehbarer Pächterwechsel schnelles Handeln notwendig macht. Dafür hat der Stadtrat 2 Millionen als gebundene Ausgaben frei gegeben. In der gleichen Information wurde mitgeteilt, dass Kosten von ca. 8 Millionen zu erwarten sind. Der Pächter hat aus gesundheitlichen Gründen gekündigt – vor allem aber weil er pensioniert wurde. Das wäre

vorhersehbar gewesen. Die Grüne/AL-Fraktion findet es störend, dass die weiteren 6 Millionen als gebunden eingestellt worden sind. Im Verlaufe des Herbstes hätte der Stadtrat eine Weisung vorlegen sollen. Dass das Schloss Wülflingen saniert werden muss, darüber sind sich alle einig. Es ist aber fraglich, ob ein so hoher Betrag ohne die Mitsprache des Gemeinderates investiert werden soll. Wenn J. Altwegg bedenkt, dass im Parlament über weit geringere Beträge hitzig debattiert worden ist, wäre in diesem Fall ein Meinungs austausch angebracht gewesen. Es liegt den Mitgliedern der Grüne/AL-Fraktion fern, die Umbauarbeiten am Schloss Wülflingen zu behindern. Deshalb soll auf keinen Fall ein Baustopp ausgelöst werden. Für die Zukunft wäre es aber zu begrüßen, wenn die jeweilige Kommission frühzeitig über die Details informiert würde. Vor allem wenn so hohe Beträge gesprochen werden, wünscht die Fraktion eine Weisung an den Gemeinderat. Die Grüne/AL-Fraktion stimmt für eine Aufhebung der Gebundenheit und eine Prüfung durch den Bezirksrat – es soll aber keinen Baustopp geben.

**J. Würzler (SP)** hat in der AK beantragt, dass eine Aufsichtsbeschwerde eingereicht werden soll. Trotzdem bittet er den Gemeinderat dem Antrag der BBK zu folgen und das Gebundenheitszeichen zu streichen. Das Anliegen der AK war es, die Gebundenheit abzuklären. Für einen Teil des Betrages haben die Kommissionsmitglieder die Gebundenheit angezweifelt. Stadträtin V. Gick hat erklärt, dass eine Streichung des Gebundenheitszeichens nicht mehr möglich sei und nur noch eine Aufsichtsbeschwerde an den Bezirksrat gestellt werden kann. Aus diesem Grund hat J. Würzler den Antrag gestellt. Wenn aber das Gebundenheitszeichen gestrichen werden kann, ist das die bessere Lösung. J. Würzler bittet die Ratsmitglieder, in erster Linie der Streichung des Gebundenheitszeichens zuzustimmen. Er hofft, dass auch die Abstimmung in dieser Reihenfolge erfolgen wird. Erst wenn der Antrag auf Streichung abgelehnt wird, soll über den Antrag Aufsichtsbeschwerde abgestimmt werden. Wenn die Gebundenheit gestrichen wird, hat der Stadtrat zwei Möglichkeiten zu reagieren. Er kann dem Gemeinderat eine Weisung vorlegen oder an den Bezirksrat gelangen und abklären lassen, ob die Gebundenheit zu Recht gestrichen worden ist. Es ist moniert worden, dass dadurch ein Baustopp verursacht werden kann. Wenn aber die Ausgaben nicht rechtmässig bewilligt worden sind, müssen die Konsequenzen in Kauf genommen werden. Der Stadtrat kann schnell handeln und den Kommunikationsgau ausbügeln. Dass nach 6 Monaten noch immer keine Weisung vorliegt, ist inakzeptabel. Erst im Novemberbrief wurde ersichtlich, dass definitiv die ganzen 8 Millionen als gebunden erklärt werden. Dass die Sanierung 8 Millionen kostet, war bekannt, dass aber der ganze Betrag gebunden ist, wurde erst mit dem Novemberbrief klar. J. Würzler bittet die Ratsmitglieder, der Streichung der Gebundenheit zuzustimmen, danach kann die Aufsichtsbeschwerde begraben werden.

**Ratspräsident P. Rütimann:** Das Abstimmungsprozedere ist tatsächlich so vorgesehen, wie J. Würzler ausgeführt hat. Der Ratspräsident wird zuerst über die Gebundenheit und dann über die Aufsichtsbeschwerde abstimmen lassen.

**R. Werren (FDP):** Auch die FDP-Fraktion findet diesen Betrag sehr hoch. Nach heftigen Diskussionen haben die Fraktionsmitglieder entschieden, dass sie der Streichung der Gebundenheit nicht zustimmen werden. Auch von einer Aufsichtsbeschwerde wird die FDP absehen. Das Schloss kann nicht verkauft werden, ein Volksaufstand in Wülflingen wäre sonst programmiert. Das Schloss Wülflingen war schon immer ein Ort mit hochstehendem gastronomischem Angebot. Viele Familien aus Wülflingen haben ihre Familienfeste in diesem Restaurant gefeiert. Auch einfache Leute können es sich leisten einmal in einem gehobenen Restaurant zu essen, wenn sie daraufhin sparen. Das ist nichts Elitäres. R. Werren bittet die Ratsmitglieder die Gebundenheit nicht zu streichen – auch wenn der Stadtrat Fehler gemacht hat. Durch die Streichung der Gebundenheit wird ein Baustopp provoziert. Das würde die Sanierung verteuern. R. Werren stellt im Namen der FDP-Fraktion den Antrag, den Kredit um 1 Million zu kürzen. Der Stadtrat kann dann den grössten Luxus strei-

chen. R. Werren bittet die Ratsmitglieder, im Namen der Vernunft über den Schatten zu springen und das Gebundenheitszeichen zu belassen.

**B. Günthard-Maier (FDP):** Die FDP-Fraktion teilt die Bedenken der Vorrednerinnen und Vorredner. Dass das Vorgehen des Stadtrates, den ganzen Betrag von 8 Millionen als gebunden zu erklären, ohne dass der Gemeinderat Gelegenheit hatte dazu Stellung zu nehmen, nicht akzeptiert wird, ist verständlich. Andererseits hat ein Manager aus den eigenen Reihen, den Fraktionsmitgliedern zu Bedenken gegeben, dass sie es schätzen sollten, wenn auch in der Politik Führungsverantwortung wahrgenommen wird und der Stadtrat die notwendigen Entscheide fällt. Aus diesen Gründen hat die FDP-Fraktion den Kürzungsantrag gestellt. Der Antrag ist Ausdruck davon, dass auch die FDP daran Zweifel hat, dass wirklich die ganzen 8 Millionen gebunden erklärt werden können. Die FDP wünscht sich auch, dass die Sanierungsarbeiten so kostengünstig wie möglich erledigt werden. Ausserdem will die FDP keinen Baustopp riskieren – die Arbeiten sollen zügig fortgesetzt werden. Die FDP-Fraktion bittet die Ratsmitglieder, das Gebundenheitszeichen nicht zu streichen. Die Fraktion steht zu Stadträtin V. Gick, als Finanzpolitikerin. Deshalb hat die FDP sie auch in den Stadtrat entsandt. Sie macht ihre Arbeit im Finanzdepartement sehr gut. Die FDP ist überzeugt, dass Stadträtin V. Gick gerade solche Projekte sehr genau prüft.

**U. Martinelli (EVP/EDU/GLP):** Die EVP/EDU/GLP-Fraktion stimmt dem Antrag der BBK zu. Den Kredit einfach um 1 Million zu kürzen, wie das die FDP-Fraktion beantragt, ist nicht seriös. Deshalb wird die EVP/EDU/GLP-Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen. Mit der Zustimmung der Ratsmitglieder zum Antrag der BBK soll nicht die notwendige Renovation des Schlosses Wülflingen in Frage gestellt werden. Im Gegenteil, dem Unterhalt dieser Liegenschaft wurde in den letzten Jahren zu wenig Beachtung geschenkt. Die Fraktionsmitglieder bemängeln die sehr spät erfolgte Information über dieses Projekt und die Gebundenheit des ganzen Betrages. Zudem stellen sich Fragen zu den hohen Honorarkosten. Sicher ist es notwendig, dass diese Liegenschaft wieder in einen den Sicherheitsvorschriften entsprechenden Zustand gebracht wird, sodass sie als Restaurationsbetrieb funktioniert und entsprechend eingerichtet zukünftigen Pächtern zur Verfügung gestellt werden kann. Der hohe Investitionsbedarf und die daraus entstehenden Kosten rechtfertigen es, dass wenigstens der Gemeinderat umfassend informiert wird und dazu Stellung nehmen kann.

**M. Zeugin (EVP/EDU/GLP):** Wie U. Martinelli bereits erwähnt hat, sieht die EVP/EDU/GLP-Fraktion nicht den ganzen Kredit als gebunden an. Es ist bereits gesagt worden, dass eine Informationspanne passiert ist. Problematisch ist auch, dass die politische Dimension bei diesem Geschäft ausser Acht gelassen wurde. So wie die Fraktion informiert worden ist, hat der Stadtrat nie geprüft, ob die Liegenschaft allenfalls in einer Stiftung neu organisiert werden könnte. Damit würde das Budget der Stadt künftig nicht mehr belastet. Es gäbe noch weitere Alternativen, die geprüft werden könnten. Der Stadtrat müsste in dieser Beziehung weitsichtiger handeln.

**R. Isler (SVP):** Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag auf Streichung des Gebundenheitszeichens. Die Fraktionsmitglieder können sich nicht vorstellen, dass die ganzen 8 Millionen gebunden sein sollen. Stadträtin V. Gick ist sicher im Recht, wenn sie einen grösseren Betrag als gebunden erklärt. Sanierungsarbeiten, die der Substanzerhaltung dienen, müssen als gebunden erklärt werden. Es wäre aber Sache des Stadtrates gewesen dem Parlament Vorschläge zu unterbreiten und abzuklären, auf wie hoch der Standard dieser Sanierung sein soll. Nur schon die Sanierung eines Küchenbodens kann unterschiedliche Kosten verursachen – je nach Material, das gewählt wird. Die SVP-Fraktion ist zwar mit der SP selten einig – hier verfolgt sie aber die gleiche Stossrichtung. Man kann sich auch Fragen, ob es ein Präjudiz ist, dass sich der Gemeinderat über die Medien informieren lassen muss. Warum ist der Stadtrat nicht wenigstens an die zuständige Sachkommission gelangt, bevor er die Medien informiert hat. Es ist sicher kein Ruhmesblatt, wenn die Parlamentarier aus den Medien erfahren müssen, was der Stadtrat plant. Zudem soll das Projekt 8 Millionen kosten.

In der heutigen Zeit dürfte der Gemeinderat doch etwas Fingerspitzengefühl von Seiten des Stadtrates erwarten, wenn es um so viel Geld geht. Die Vorstellung, dass das Parlament kein Recht auf Mitbestimmung haben soll, ist nur schwer zu verstehen. Die SVP-Fraktion wird den Antrag, das Gebundenheitszeichen zu streichen, unterstützen.

**Y. Beutler (SP):** Der Antrag der FDP-Fraktion, den Kredit um 1 Million zu kürzen, ist ein Versuch in der aktuellen Situation zu handeln. Auch die FDP ist nicht zufrieden mit einem gebundenen Kredit von 8 Millionen. Sie wollen aber ihrer Stadträtin nicht total in den Rücken fallen, indem sie die Streichung der Gebundenheit unterstützen. Dieser Versuch ist aber mit Sicherheit zum Scheitern verurteilt, weil die Gebundenheit der Gesamtkosten bereits festgelegt ist. Um das zu ändern, muss zuerst die Gebundenheit aufgehoben werden. Wenn 1 Million gestrichen werden kann, dann bedeutet das, dass die Gebundenheit nicht gegeben ist. Durch die sachliche Gebundenheit ist auch der Preis der Sanierung gegeben. Also müsste die FDP ehrlicher Weise erklären, dass sie nicht hinter dieser Gebundenheit stehen kann, damit muss konsequenterweise die Gebundenheit gestrichen werden.

**Stadträtin V. Gick** bittet die Ratsmitglieder, den Antrag auf Kürzung abzulehnen und er Gebundenheit zuzustimmen. In den Voten ist der zeitliche Ablauf kritisiert worden und einiges davon stimmt nicht ganz mit der Realität überein. Tatsache ist aber, dass der Stadtrat ein Problem hat. Der Kredit ist noch nicht im Voranschlag 2007 aufgeführt, weil die Kündigung erst Ende 2006 eingetroffen ist. Die Liegenschaft konnte deshalb erst Anfang 2007 untersucht werden. Von Januar bis Juni 2007 wurde das Sanierungskonzept erarbeitet. Anfänglich wurde mit 2 bis 3 Millionen Aufwand gerechnet. Genauere Abklärungen haben aber weitere Schäden aufgedeckt, der Sanierungsbedarf ist sehr gross. Am 20 Juni 2007 hat der Stadtrat das Sanierungskonzept genehmigt, die Kostenschätzung von 8 Millionen zur Kenntnis genommen und 2 Millionen als gebunden erklärt. In der Folge hat der Stadtrat die BBK und die Fraktionspräsidenten schriftlich über das Projekt informiert. Erst danach hat der Stadtrat die Medienmitteilung veröffentlicht. Das heisst mit dem Gemeinderat ist nie einfach über die Medien kommuniziert worden. Das Sanierungsprojekt ist von Juni bis Oktober 2007 ausgearbeitet worden. Es handelt sich um ein umfassendes Projekt, in das sehr viele Stellen involviert sind – Denkmalpflege, Feuerpolizei etc. Deshalb hat es relativ lange gedauert, bis das Bauprojekt erstellt war. Das Projekt ist am 3. Oktober 2007 im Bauausschuss beraten worden und wurde am 24. Oktober 2007 vom Stadtrat genehmigt, die Gebundenheit für die restlichen 6 Millionen wurde bejaht. Stadträtin V. Gick hat in der Folge am 1. November 2007 ein Mail an die Präsidentin der AK und an den Präsidenten der BBK gesandt und erklärt, dass der Stadtrat das Projekt in der Kommission vorstellen will. Es ist nicht einfach eine Medienmitteilung versandt worden. Die Stadträtin hat darum gebeten in die Kommission eingeladen zu werden. Der November ist sicher ein schwieriger Monat, weil das Budget beraten werden muss. Deshalb konnte Stadträtin V. Gick erst am 26. November 2007 in der BBK informieren. Die Zeit hat aber nicht ausgereicht, um alles zu diskutieren. Deshalb hat die Kommission beschlossen, dass am 7. Januar 2008 das Projekt erneut diskutiert und das Schloss besichtigt werden soll. Nach der Information in der BBK hat der Stadtrat die Medien über die Gebundenheit informiert. In der Schlussberatung haben die Kommissionsmitglieder beschlossen einen Antrag auf Aufhebung der Gebundenheit zu stellen. In der AK ist das Projekt am 26. November 2007 ebenfalls diskutiert worden – Stadträtin V. Gick konnte das Projekt aber nicht umfassend vorstellen. Die Mitglieder der AK wollten das Projekt genauer prüfen.

Die Gebundenheit ist eine Rechtsfrage. Gemäss Paragraph 121 des Gemeindegesetzes ist eine Ausgabe dann gebunden, wenn die Gemeinde zur Vornahme dieser Aufgabe rechtlich verpflichtet ist und objektiv kein erheblicher sachlicher, örtlicher und zeitlicher Entscheidungsspielraum besteht. Das Schloss Wülflingen ist ein Baudenkmal aus dem 17. Jahrhundert, am 9. Januar 1911 ist das Schloss ins Eigentum der Stadt Winterthur überführt worden. Die Stadt hat damit die Verpflichtung übernommen, das Schloss in seinem Zustand unklagbar zu erhalten, den unentgeltlichen Zutritt von weitesten Kreisen jederzeit zu ermöglichen und eine Gastwirtschaft zu betreiben oder betreiben zu lassen. Der grösste Teil der

Sanierungskosten, die der Stadtrat als gebunden erklärt hat und dem Gemeinderat mit dem Voranschlag 2008 unterbreitet, ist für das kulturhistorische Objekt bestimmt. Dass ein Restaurant betrieben werden muss, bedeutet, dass die Betriebseinrichtungen ebenfalls erneuert werden müssen. Der bauliche Zustand des Hauses ist viel schlechter, als es von Aussen den Anschein erweckt. Von der Kanalisation, über den verschimmelten Keller, die elektrischen und sanitären Einrichtungen bis zum Dach muss alles erneuert werden. Am Dach sind bereits Sanierungsarbeiten durchgeführt worden, weil die Seitenaufgaben nicht mehr richtig gehalten haben. Im Paragraphen 204 PBG wird die Selbstbindung der Gemeinden in Bezug auf unter Denkmalschutz stehende Objekte geregelt. Kulturhistorische Objekte müssen so unterhalten werden, dass sie weder beschädigt noch geschmälert werden. Der Denkmalpfleger des Kantons hat die Planung begleitet und darauf geachtet, dass mit der Sanierung das Objekt erhalten bleibt. Die Betriebseinrichtungen der Gastwirtschaft haben ihre Lebensdauer hinter sich. Es entspricht der Praxis der Stadt auch solche Erneuerungen als gebunden zu qualifizieren. Anpassungen an die technischen und hygienischen Anforderungen müssen vorgenommen werden, damit der Betrieb aufrechterhalten werden kann. Eine Zweckänderung ist nicht möglich. Eine Rohbaupacht ist illusorisch. Dass ein Pächter, der ja nicht Eigentümer der Liegenschaft ist, einen siebenstelligen Betrag in eine Liegenschaft investiert, wird sich kaum realisieren lassen. Ein Verkauf an Dritte steht mit der Verpflichtung in Widerspruch, das Schloss der Öffentlichkeit zugänglich zu machen. Das Schloss ist ein einmaliges Objekt, das seit knapp 100 Jahren im Besitz der Stadt ist. Leider ist dem Unterhalt nicht die notwendige Beachtung geschenkt worden. Es wurde gefragt, ob der Einbau eines Lifts in den ersten Stock gebunden ist. Stadträtin V. Gick bejaht diese Frage. Das Behindertengleichstellungsgesetz verpflichtet den Stadtrat öffentliche Gebäude zugänglich zu machen. Der grösste Teil des Kredits muss für den Erhalt der Liegenschaft eingesetzt werden – der andere Teil für neue Betriebseinrichtungen ist ebenfalls gebunden. Die Gebundenheit ist rechtlich vertretbar. Auch A. Frauenfelder, das juristische Gewissen des Stadtrates, hat die Gebundenheit für haltbar erklärt.

Rechtlich ist das Ganze relativ komplex. In der AK hat Stadträtin V. Gick erklärt, dass es nicht möglich ist das Gebundenheitszeichen zu streichen, weil die Gebundenheitsklärung bereits erfolgt ist. Der Stadtrat hat aber die Rechtslage genauer abgeklärt und festgestellt, dass sich die Lage komplexer darstellt. Eine Aufsichtsbeschwerde kommt nicht in Frage, weil es den Rechtsbehelf der Stimmrechtsbeschwerde gibt, die ergriffen werden muss, nachdem die Gebundenheit publik geworden ist. Wenn dieses Rechtsmittel verpasst wird, kann nicht nachträglich eine Aufsichtsbeschwerde eingereicht werden. Aber es gibt noch den Rechtsbehelf des Paragraphen 9, der Verordnung über die Gemeindehaushalte. Wenn – wie im vorliegenden Fall – Widersprüche zwischen Parlament und Stadtrat bestehen, kann die Sache dem Bezirksrat vorgelegt werden, damit er prüft, ob das Vorgehen des Stadtrates rechtens ist. Dieser Rechtsbehelf hat keine aufschiebende Wirkung. Der Stadtrat muss sich gut überlegen, was er will. Wenn die Gebundenheit aufgehoben und dem Gemeinderat eine Weisung vorgelegt wird, würde das zu einem Baustopp führen, weil der Kredit nicht verfügbar wäre. Wenn der Konflikt dem Bezirksrat zur Abklärung vorgelegt wird, muss der Stadtrat entscheiden, wie er weiter vorgehen will. Dreiviertel aller Aufträge sind bereits vergeben worden. Ein Stopp würde zu höheren Kosten führen. Stadträtin V. Gick bittet die Ratsmitglieder, das Gebundenheitszeichen nicht zu streichen. Ansonsten wird der Stadtrat an den Bezirksrat gelangen.

**Ratspräsident P. Rütimann:** Was der Stadtrat kann, kann der Gemeinderat nicht. Das Institut von Paragraph 9, Verordnung über den Finanzhaushalt erlaubt es dem Stadtrat an den Bezirksrat zu gelangen, um dort die Gebundenheit abzuklären, wenn der Gemeinderat das aus dem Budget gestrichen hat. Es handelt sich nicht um ein Beschwerdeverfahren, sondern um ein Konfliktlösungsverfahren. Der Gemeinderat kann keine Aufsichtsbeschwerde einreichen, die sich auf den gleichen Paragraphen bezieht. Der Gemeinderat kann nur über Kredite entscheiden, die nicht gebunden sind. Wenn der Bezirksrat feststellt, dass eine Ausgabe gebunden ist, ist sie in der vom Stadtrat beantragten Höhe gebunden. Wenn

der Bezirksrat die Gebundenheit ablehnt, würde eine heute beschlossene Kürzung Gültigkeit erhalten.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen – den Kredit um 1 Million zu kürzen.

**Der Rat** lehnt den Antrag mit deutlicher Mehrheit ab.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag der BBK abstimmen, das Gebundenheitszeichen zu streichen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit klarer Mehrheit zu.

**Ratspräsident P. Rütimann:** Über die Aufsichtbeschwerde muss nicht mehr abgestimmt werden, weil der Streichung der Gebundenheit zugestimmt worden ist.

**263000 Städtische Allgemeynkosten/Erlöse** Keine Anträge

**280000 Steuern und Finanzausgleich** Keine Anträge

## **Departement Bau**

---

**322000 Tiefbau** Keine Anträge

**328000 Entsorgung** Keine Anträge

**340000 Vermessung** keine Anträge

**350000 Baupolizei** keine Anträge

## **360000 Städtebau**

### **Wachterareal Platzgestaltung**

**U. Böni (SP):** Der Planungskredit von 370'000 Franken für die Platzgestaltung des Wachterareals ist im Budget 2008 mit einem Weisungszeichen versehen. Der Stadtrat wünscht, dass das Weisungszeichen gestrichen und durch ein B ersetzt wird. Gleichzeitig soll der Kredit um 100'000 Franken auf 270'000 Franken reduziert werden. Damit könnte der Stadtrat die neue Platzgestaltung zügig vorantreiben. Die Gestaltung des Platzes hängt mit der Parkanlage zusammen, dadurch entsteht ein gewisser Zeitdruck. Die Zufahrtsrampe soll ebenfalls geändert werden. Die SP hat den Antrag des Stadtrates geprüft und sieht keinen Grund dem Anliegen nicht zu folgen. Sie ist mit der Änderung einverstanden.

**Stadtrat W. Bossert:** Der Stadtrat wäre sehr froh, wenn dieser Antrag angenommen würde. Damit könnten die Arbeiten zügig vorangetrieben werden. Es musste ein etwas verändertes Projekt ins Auge gefasst werden, weil auch das Parkhausprojekt geändert worden ist. Stadtrat W. Bossert dankt den Ratsmitgliedern für ihre Zustimmung.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag, das Weisungszeichen zu streichen, abstimmen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit klarer Mehrheit zu.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag abstimmen, das Weisungszeichen durch ein B zu ersetzen und den Kredit auf 280'000 Franken zu reduzieren, abstimmen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit klarer Mehrheit zu.

## **Departement Sicherheit und Umwelt**

---

**411000 Polizeirichteramt**

**M. Ott (SP):** Das Polizeirichteramt informiert über folgenden Punkt: Im Produkt 1, Übertretungsstrafverfahren (Seite 151, Teil B) wird auf Wunsch des Parlaments vom Polizeirichteramt neu erfasst, was mit den Fällen passiert, die an das Bezirksgericht überwiesen werden. Im Jahr 2006 hat das Bezirksgericht in 16 Fällen eine Verurteilung geschützt, in 10 Fällen kam es zu Freisprüchen. Im Soll für 2008 ist der Ist-Zustand von 2006 übernommen worden. Die Zukunft wird zeigen, wie sich das weiter entwickelt.

**Stadtrat M. Künzle** schliesst sich dem Vorschlag an.

**424000 Stadtpolizei** keine Anträge

**425000 Betrieb Parkhäuser und Parkplätze** keine Anträge

**430000 Feuerwehr** keine Anträge

**440000 Zivilschutz** keine Anträge

**460000 Melde- und Zivilstandswesen** keine Anträge

**480000 Umwelt- und Gesundheitsschutz** keine Anträge

## **Departement Schule und Sport**

---

**512000 Schulbehörden** keine Anträge

**522000 Materialverwaltung** keine Anträge

**524000 Schulbauten** keine Anträge

**525000 Ferienkolonien** keine Anträge

**528000 Beiträge** keine Anträge

**531000 Schulbetrieb Kindergärten** keine Anträge

**538000 Liegenschaften Kindergärten** keine Anträge

### **541000 Obligatorischer Unterricht Primarschule**

**R. Kleiber (EVP/EDU/GLP):** Die EVP/EDU/GLP-Fraktion stellt den Antrag die Schulzimmer für Handarbeit und Werken mit Computern auszurüsten und dafür in der Investitionsrechnung einen Kredit von 430'000 Franken für die Beschaffung und 170'000 Franken für den Unterhalt einzustellen. Die Schulzimmer für Handarbeit und Werken sind als einzige in der Primarschule noch nicht mit Computern ausgerüstet worden – warum ist eigentlich nie so ganz klar gewesen. Das Geld war sicher nicht der einzige Grund. Alle wissen, dass die Volksschule das neue Volksschulgesetz und damit die Reformen umsetzen muss. Ein moderner, ganzheitlicher Unterricht wird auch in Winterthur gross geschrieben. Im Schulfach Handarbeit und Werken wird einerseits in der Handarbeit kreativ und mehr im textilen Bereich und andererseits wird im Werken eher technisch gearbeitet und dabei naturwissenschaftliches Verständnis geweckt. Die zwei Stunden Werkunterricht werden auf-

grund der „Handarbeitsinitiative“ wieder eingeführt. Für beide Unterrichtsbereiche ist es bald unerlässlich, und natürlich für die Schülerinnen und Schüler sehr interessant, punktuell mit verschiedenen Programmen, mit CDs oder mit dem Internet arbeiten zu können. Das ist auch das Ärgerliche an der ganzen Geschichte. Es gibt eine grosse Fülle von Lehrmitteln für den PC und Internet Seiten zum Thema Handwerk und Handarbeit – gerade auch für Hochbegabte. Wenn aber die Geräte in den Schulzimmern fehlen, ist alles für die Katz, inklusive die schulhausinterne Weiterbildung für alle Lehrpersonen. Die Lehrerinnen und Lehrer für Handarbeit- und Werken haben diese Kurse besucht – wenn das Gelernte von der Lehrperson im Unterricht nicht angewendet werden kann, geht viel Computerwissen schnell wieder vergessen. Wenn die Computer dann endlich angeschafft werden, müssen die Lehrpersonen wieder von vorne mit der Ausbildung beginnen. R. Kleiber nimmt seit 2 oder 3 Jahren ihren privaten Laptop in die Schule und setzt ihn punktuell im Unterricht ein. Das ist eine Hilfe. Sie hofft, dass es nicht noch Jahre dauert bis auch für die Fächer Handarbeit und Werken Computer angeschafft werden. R. Kleiber bittet die Ratsmitglieder dem Antrag zuzustimmen. Die Zeit ist reif, alle Schulzimmer mit Computern auszustatten.

**B. Gruber (SP):** Der Antrag für die Anschaffung von Computern für die Fächer Handarbeit und Werken ist von der Zentralschulpflege (ZSP) am 26. Juni 2007 positiv gewürdigt und anerkannt worden. Aus finanziellen Gründen ist der Antrag aber zurückgestellt worden. Zurückgestellt heisst aber nicht abgelehnt, sondern lediglich verschoben. Die SP-Fraktion schliesst sich dem Antrag der EVP/EDU/GLP-Fraktion an und beantragt im Budget 2008 die Anschaffung von Computern und Druckern für den Handarbeits- und Werkunterricht. Inzwischen sind in allen Schulzimmern in Winterthur Drucker und Computer eingerichtet worden. Der Einsatz von PCs wird als Arbeitsinstrument im Schulunterricht anerkannt und intensiv genutzt. Es erscheint nur Logisch, dass auch die Lehrpersonen für Handarbeit und Werken davon profitieren können. Eine Zweiklassen-Lehrerschaft wird von niemandem gewünscht. Mit der Ablehnung des vorliegenden Antrags wird aber eine solche zementiert. Die Nutzung von Laptops in der Handarbeit und im Werken ist sinnvoll und zeitgemäss – angefangen bei den Lehrmitteln bis zur Arbeitshilfe für Jugendliche, kann der Laptop wirkungsvoll und unterstützend eingesetzt werden. Lernprogramme helfen den Jugendlichen Arbeitsabläufe abzufragen und die Technik zu verinnerlichen. Die Heterogenität der Klassen bringt es mit sich, dass diese Form der Unterrichtshilfe für einen Teil der Jugendlichen einen echten Zusatznutzen darstellt. Zudem steht in den Legislaturzeilen der ZSP, dass Schulen kompetent im Umgang mit der Heterogenität werden sollen. Damit die Schulen diesem Leitsatz nachleben können, brauchen sie die geeigneten Mittel. Ein weiteres Ziel der ZSP ist die Sicherstellung der Medienkompetenz der Schülerinnen und Schüler. Eine besondere Qualität der Handarbeit ist, dass die Lernenden das Umsetzen der Abläufe und Prozesse erproben und lernen können. Der SP-Fraktion ist die finanzielle Situation der Stadt bewusst. Trotzdem ist es wichtig, dass der Handarbeits- und Werkunterricht die gleiche Berechtigung erhält, wie die anderen Fächer. Es gibt keinen Grund, die Handarbeitslehrerinnen vom Fortschritt und von der Nutzung des Computers auszuschliessen. Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag 430'000 Franken für die Beschaffung der Laptops sowie 170'000 Franken für die laufenden Kosten im Budget einzustellen.

**St. Schär (SVP):** Die SVP-Fraktion lehnt den Antrag ab. 430'000 Franken sind zu viel, zudem entstehen durch diese Investition Folgekosten von 170'000 Franken. Das ist zu teuer. Die ZSP hat erklärt, dass sie noch abwarten will. Diese Haltung unterstützt die SVP-Fraktion. St. Schär hat selber auch Handarbeitsunterricht genossen und hat dabei stricken gelernt – auch ohne Computer. Ein solcher Antrag weckt zudem weitere Begehrlichkeiten. Auch die Kindergärten könnten Laptops verlangen. In einigen Schulhäusern sind zudem Laptops vorhanden, die auch ausgeliehen werden können.

**F. Helg (FDP):** Die Sachkommission Bildung, Sport und Kultur (BSKK) hat den Antrag mit 3 zu 6 Stimmen abgelehnt. Ein wesentlicher Grund dafür ist die Tatsache, dass die ZSP den Antrag ebenfalls abgelehnt hat. Damit ist die Dringlichkeit der Anschaffung von Laptops

relativiert worden. Finanzpolitisch ist den Kommissionsmitgliedern der hohe Betrag aufgefallen, der weitere Folgekosten nach sich zieht für Wartung und Unterhalt. Ausserdem werden mit diesem Antrag weitere Begehrlichkeiten geweckt – so könnten auch die Kindergärten die Anschaffung von Computern verlangen. Die FDP lehnt den Antrag ab. Der Laptop kann zwar im Handarbeitsunterricht durchaus nützlich sein, er ist aber zum wünschbaren Bedarf zu zählen. Wenn es einmal Geld vom Himmel regnen sollte, wird es vielleicht auch einige Laptops geben. Für die Lehrervorbereitung gibt es die Computer in den Lehrerzimmern. In dieser Hinsicht besteht kein Defizit. Im Handarbeitsunterricht sollte zudem die Handarbeit im Vordergrund stehen und gepflegt werden, im Gegensatz zum kopflastigen Computer.

**J. Lisibach (SVP):** Dieser Antrag betrifft den Handarbeitsunterricht. Es ist nur schwer vorstellbar, dass die eine Hälfte der Klasse stricken soll und die anderen sollen sich die Instruktionen vom PC holen. Der Unterricht müsste in diesem Fall geteilt werden – in den Computerräumen, die ja vorhanden sind, kann der theoretische Unterricht erteilt werden und im Schulzimmer für Handarbeit und Werken der praktische Unterricht.

**H. Iseli (EVP/EDU/GLP):** Es ist herrlich, wenn von der ZSP die Dringlichkeit festgelegt wird – da sollte man doch zuerst in den Kreisschulpflegen (KSP) nachfragen wie es tatsächlich aussieht. Es ist öfter der Fall, dass die ZSP nicht die gleiche Meinung vertritt wie die KSP. Alle Schulhäuser sind an das Computernetzwerk angeschlossen. Der Gemeinderat hat relativ viel Geld gesprochen, das aber nicht vollständig benötigt wurde. Die Stadt konnte also sparen und damit wäre noch Geld vorhanden. H. Iseli hat den Verdacht, dass das Fach Handarbeit und Werken geringschätzig behandelt wird – vor allem wenn er in den Voten das despektierlich ausgesprochene Wort „lisme“ hört. In der Handarbeit und im Werken wird nicht nur gestrickt. Kopf und Hand sollen zusammen gesteuert werden. Das geht in Richtung Planung, Produktion und Steuerung (PPS). Dazu gehört auch ein Computer. Den Schülerinnen und Schülern kann der Ablauf der Herstellung am Computer gezeigt werden. Damit wird das Vorstellungsvermögen geschult. Es ist ein Hilfsmittel um dem Kind ein Endprodukt zu zeigen. Es ist absolut notwendig, dass diese Hilfsmittel in der Handarbeit und im Werken eingesetzt werden, sonst müsste auch die Lehrlingsausbildung hinterfragt werden, die ebenfalls mit Computern arbeitet. Mit dem Einsatz von Computern kann auch die Freude an der Handarbeit geweckt werden. H. Iseli bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

**R. Kleiber (EVP/EDU/GLP):** Auch die Kindergärten werden früher oder später Computer erhalten – vor allem für die Grundstufe oder Basisstufe. Das Oberstufenkonzept ist eher veraltet, da wird es ebenfalls Neuerungen geben, die Geld kosten. J. Lisibach kann gerne zu Besuch kommen, wenn R. Kleiber ihren privaten Laptop den Kindern zur Verfügung stellt.

**Stadträtin P. Pedergnana:** Früher oder später werden die Computer auch in der Handarbeit eingesetzt. Die ZSP hat sich mit diesem Geschäft vertieft auseinandergesetzt und es liegt bereits ein Konzept vor, das zeigt wie in der Handarbeit und im Werken mit dem Computer unterrichtet werden kann. Dieses Konzept überzeugt. Die ZSP hat trotzdem die Dringlichkeit nicht als gegeben betrachtet. Eine Gesamtschau des Budgets zeigt, dass das Departement Schule und Sport bereits Mehrausgaben bewältigen muss – nur schon durch den NFA, mit dem die Lasten auf die Gemeinden verlagert werden. Angesichts dieser Mehrausgaben ist man zum Schluss gekommen, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist. In der Sache lehnt auch die ZSP Computer im Handarbeits- und Werkunterricht nicht ab. In Zukunft wird es diese im Handarbeitsunterricht geben.

**D. Hauser (SP):** Wenn der Gemeinderat diesen Kredit sprechen würde, würde die ZSP diesen Auftrag entgegennehmen und entsprechend umsetzen?

**Stadträtin P. Pedergnana:** Dieser Auftrag könnte nicht sofort umgesetzt werden. Es handelt sich um eine Investition von 430'000 Franken, die laufende Rechnung wird mit 170'000 Franken belastet. Die Stadträtin geht davon aus, dass es dazu eine Weisung an den Gemeinderat braucht.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag der EVP/EDU/GLP-Fraktion abstimmen, 430'000 Franken für die Anschaffung von Computern für Handarbeit und Werken und 170'000 Franken für deren Unterhalt – das heisst total 600'000 Franken ins Budget einzustellen.

**Der Rat** stimmt mit 30 zu 23 Stimmen dem Antrag zu.

**542000 Fakultativer Unterricht Primarschule** keine Anträge

**548000 Liegenschaft Primarschule** keine Anträge

**551000 Obligatorischer Unterricht Oberstufe** keine Anträge

**552000 Fakultativer Unterricht Oberstufe** keine Anträge

**558000 Liegenschaften Oberstufe** keine Anträge

**562000 Sprachheilkindergarten** keine Anträge

**565000 Kleinklasse C**

**F. Helg (FDP)** stellt im Namen der FDP-Fraktion den Antrag die Personalkosten in den Konten 3010 und 3030 um insgesamt 65'000 Franken zu kürzen und damit die Stelle Fachleitung für besondere Klassen nicht zu schaffen. Diese Stelle gehört zum Wünschbaren. Die FDP-Fraktion ist nicht von der Notwendigkeit dieser Stelle überzeugt. Das Departement hat dargelegt warum diese Stelle geschaffen werden soll. Einerseits soll die Fachleitung Kleinklassenlehrpersonen, Schulleitungen und Schulpflegen beraten, andererseits die Koordination mit anderen sonderpädagogischen Angeboten zur integrativen Förderung übernehmen. Dass in einer Stadt wie Winterthur – mit einer Grösse von bald 100'000 Einwohnern – ein gewisser Beratungs- und Koordinationsbedarf besteht, ist klar. Der Aufwand, der notwendig ist, muss aber geklärt werden. Dem Departement Schule und Sport sind bereits neue Stellen bewilligt worden – zum Beispiel im Zusammenhang mit dem neuen Volksschulgesetz und zur Stärkung des Bereichs Sonderpädagogik. Es ist davon auszugehen, dass die Beratungs- und Koordinationsaufgaben in einem reduzierten Umfang mit dem bestehenden Stellenetat zu bewältigen ist. Die Qualität und der Erfolg der Schule hängt mehr von den Lehrpersonen ab, die an der Front arbeiten, als vom zentralen Oberbau. Deshalb bittet die FDP-Fraktion diesem Kürzungsantrag zuzustimmen.

**J. Lisibach (SVP):** Die SVP-Fraktion unterstützt diesen Antrag, weil die Fraktionsmitglieder nicht davon überzeugt sind, dass diese Stelle notwendig ist. Im Departement Schule und Sport arbeiten genug Leute, die diese Aufgaben übernehmen können.

**Ch. Baumann (SP):** Diese Stelle ist unbedingt notwendig, wenn die Qualität des Unterrichts auch weiterhin gewährleistet werden soll. Mit dem neuen Volksschulgesetz müssen die Kinder aus den Kleinklassen nach Möglichkeit in die Regelklassen integriert werden. In den Kleinklassen bleiben nur noch Kinder mit einem erhöhten Förderbedarf. Die neue 50 % Stelle für besondere Klassen ist die Antwort auf besondere Anforderungen. Die kompetente fachliche Beratung vor Ort ist dringend notwendig, damit den grossen pädagogischen und

didaktischen Herausforderungen in den verbleibenden Kleinklassen begegnet werden kann. Die 50 % Stelle hat auch die Aufgabe die Lehrpersonen zu coachen. Für eine optimale Umsetzung und für die Vernetzung der interdisziplinären Zusammenarbeit ist es notwendig, dass zu dieser Stelle eine Beratungsstelle gehört, die Erfahrung und Wissen über die verschiedenen Angebote vereinigt. Im Weiteren gehört zur Aufgabe der Stelle die Aufrechterhaltung des Kontakts zu ehemaligen und zukünftigen Regelklassen. Im Gegensatz zu den früheren Sonderklassen besteht jetzt ein gesetzlicher Auftrag der Reintegration in die Regelklasse sobald wie möglich. Mit der vorgesehenen 50 % Stelle wird ermöglicht, dass die entsprechende Unterstützung für die Reintegration gegeben ist. Es wäre unredlich, wenn die Lehrpersonen in den Sonderklassen keine zusätzliche Hilfe erhalten würden. Ch. Baumann bittet die Ratsmitglieder die engagierten Lehrpersonen nicht allein zu lassen und ihnen eine kompetente fachliche Begleitung zur Seite zu geben. Die finanziellen Einsparungen, die von dieser Streichung erhofft werden, würden zudem nicht voll zum Tragen kommen, weil bereits heute Beratungsmandate für diese Aufgaben bestehen. Ch. Baumann fordert die Ratsmitglieder auf, den Antrag auf Streichung abzulehnen.

**R. Schürmann (CVP):** Die CVP-Fraktion ist grundsätzlich für einen restriktiven Umgang in Bezug auf Stellenerhöhungen. Stadträtin P. Pedernana hat aber glaubwürdig versichert, dass im Departement Schule und Sport lediglich 1,1 Stellen neu im Budget Aufnahme finden. Auch ist versichert worden, dass es sich nicht um eine Verwaltungsstelle handelt. Einer Verwaltungsstelle hätte die CVP nicht zugestimmt. Der Inhaber der Fachleitungsstelle für besondere Klassen wird aber an der Front eingesetzt. Das ist für die CVP-Fraktion wichtig. Die Lehrerschaft soll damit unterstützt werden. R. Schürmann bittet die Ratsmitglieder, den Antrag der FDP abzulehnen.

**Stadträtin P. Pedernana:** Winterthur führt – im Gegensatz zu anderen Gemeinden – noch immer Kleinklassen. Nicht alle Schülerinnen und Schüler werden in die Regelklassen integriert. Aber diese Kleinklassen sind umso schwieriger in ihrer Zusammensetzung. Wenn die Lehrpersonen, die diese Kleinklassen unterrichten, auch noch ihre Schülerinnen und Schüler begleiten müssten, wenn sie teilweise an vereinzelt Halbtagen den Unterricht in den Regelklassen besuchen, wäre das eine Überforderung. Das neue Volksschulgesetz fordert die Integration der Schüler aus Kleinklassen in die Regelklassen. Für die Unterstützung der teilweisen Integration in die Regelklassen braucht es eine Person, die diese Schritte unterstützt und begleitet. Dafür ist die 50 % Stelle gedacht.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag der FDP abstimmen, den Betrag im den Konten 3010 und 3030 um 65'000 Franken zu kürzen.

**Der Rat** lehnt den Antrag mit klarer Mehrheit ab.

## **566000 Therapeutischer Unterricht**

**F. Helg (FDP)** stellt im Namen der FDP-Fraktion den Antrag in den Konten 3010 und 3030 die Personalkosten um 65'000 Franken zu kürzen und damit die vorgesehene Stelle Fachleitung Deutsch als Zweitsprache nicht zu schaffen. Auch diese 50 % Stelle gehört zum Wünschbaren nicht zum Notwendigen. In der BSK hat die Stadträtin erklärt, dass auch mit dieser Stelle Beratungs- und Koordinationsaufgaben abgedeckt werden sollen. Auch eine Befristung der Stelle sei laut Aussage der Departementsvorsteherin möglich. Damit hat sie die Notwendigkeit dieser Stelle in Frage gestellt. Folglich geht es bei dieser Stelle in erster Linie um Aufbauarbeiten, die auch mit dem bestehenden Stellenetat wahrgenommen werden können. Es ist zu beachten, dass dem Departement in jüngster Zeit einige Stellen zugesprochen wurden. Die Stadt muss masshalten.

**J. Lisibach (SVP):** Die SVP-Fraktion unterstützt auch diesen Antrag. Ein Spezialist für fachliche Beratung für Kleinklassenlehrpersonen ist nicht notwendig. Die Lehrpersonen für Kleinklassen sind für den Unterricht speziell ausgebildet – sie sind dafür eingestellt.

**Ch. Baumann (SP):** Die SP-Fraktion lehnt den Antrag der FDP-Fraktion ab. Auch weil zahlreiche Neuerungen im Unterricht Deutsch als Zweitsprache auf die Lehrpersonen zukommen. Die Lehrpersonen, die den Unterricht erteilen, sind noch nicht zertifiziert und müssen nach neuer Verordnung dieses Zertifikat erwerben. Da besteht ein grosser Nachholbedarf. Die Zahlen im Unterricht Deutsch als Zweitsprache sind in Winterthur viel tiefer als in anderen Gemeinden. Der Unterricht muss aber nach Bedarf erteilt werden, deshalb ist Winterthur gezwungen die Unterrichtsstunden zu steigern. Auch die Kindergärtnerinnen, die bisher Mundart unterrichtet haben, müssen neu Deutsch als Zweitsprache unterrichten. Auch diese Leute müssen nachqualifiziert werden. Ein weiterer Punkt sind die Lernstandserhebungen, die obligatorisch alle 6 Monate durchgeführt werden müssen. Diese Instrumente werden ab Herbst 2008 zur Verfügung stehen. Auch für den Umgang mit diesen Instrumenten braucht es fachliche Begleitung. Angesichts dieser Argumente braucht es dringend eine kompetente Fachperson, die die Förderlehrpersonen vor Ort begleiten kann. Ch. Baumann bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen.

**Stadträtin P. Perdergnana:** Pro Jahrgang besuchen ca. 930 Kinder die Schule. Wenn 930 Kinder getestet und abgeklärt werden müssen wie weit sie in ihrer Entwicklung sind, der Unterricht je nach Schulhaus und Quartier organisiert werden muss und ein halbes Jahr später die Kinder erneut getestet werden müssen, braucht es eine Person, die diese Arbeit leisten kann. Der andere grosse Aufgabenbereich ist die Nachqualifikation der Lehrpersonen Deutsch als Zweitsprache, die Einstellung geeigneter Lehrpersonen und die Organisation der Nachqualifikation. Winterthur hat in diesem Bereich im kantonalen Vergleich zu wenig investiert.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag der FDP-Fraktion abstimmen, die Personalkosten um 65'000 Franken zu kürzen und damit die vorgesehene Stelle Fachleitung Deutsch als Zweitsprache nicht zu schaffen.

**Der Rat** lehnt den Antrag mit klarer Mehrheit ab.

## **567000 Auswärtige Sonderschulen** keine Anträge

## **574000 Familienergänzende Kinderbetreuung**

**O. Seitz (SP):** Per 1. Januar 2008 wird die Zuständigkeit der Subventionierung des Tagesfamilienvereins vom Departement Soziales an das Departement Schule und Sport übertragen. Das Departement Schule und Sport schlägt vor, die Zielvorgaben zu ändern. Die Anzahl der subventionierten Betreuungsstunden sind als Zielvorgabe aussagekräftiger als die Anzahl subventionierter Betreuungsverträge. Die Anzahl der Stunden ist konkreter. Auch der Leistungsauftrag des Departements Schule und Sport mit dem Tagesfamilienverein lautet auf die Anzahl Betreuungsstunden. Die BSKK unterstützt diese Änderung der Zielvorgabe einstimmig und stellt den Antrag, die Anzahl der Betreuungsstunden anstelle der Betreuungsverträge als parlamentarische Zielvorgabe einzuführen.

**Stadträtin P. Pedernana:** Der Stadtrat ist einverstanden.

**O. Seitz (SP):** Weiterhin deckt das Angebot der subventionierten Krippenplätze bei weitem nicht die Nachfrage. Wie man der Aufstellung, die O. Seitz zeigt, entnehmen kann, will der Stadtrat dennoch den Ausbau reduzieren. 2006 wurden 184 Kinderplätze und 25 Säuglingsplätze angeboten. Die Zunahme betrug für das Jahr 2007 21 beziehungsweise 16

Plätze. Im Voranschlag 2008 will der Stadtrat nur noch 11 zusätzliche Kinderplätze schaffen und 6 zusätzliche Säuglingsplätze. Damit hat er den Ausbau um je 10 Plätze reduziert. Die BSKK beantragt dem Gemeinderat, dass 5 Kinder- und 5 Säuglingsplätze zusätzlich geschaffen werden. Die Kommission beantragt mit 5 zu 4 Stimmen, dass die Anzahl Kinderplätze von 216 auf 221 erhöht werden und die Anzahl Säuglingsplätze von 47 auf 52, dies durch Aufstockung des Globalkredits um 181'250 Franken.

Auch das Angebot der subventionierten Betreuungsstunden in Tagesfamilie deckt die Nachfrage nicht. Der Stadtrat hat die Betreuungsstunden lediglich um 4'000 Stunden auf 44'000 Stunden erhöht. Aus den gleichen Gründen wie bei den Krippenplätzen spricht sich die BSKK mit 6 zu 3 Stimmen für einen zusätzlichen Ausbau um weitere 6'000 Stunden auf total 50'000 Stunden aus. Dafür soll der Globalkredit um 36'000 Franken erhöht werden. Der Stadtrat unterstützt diese modifizierten Budgetanträge.

O. Seitz hat diese Anträge im Namen SP-Fraktion in der BSKK gestellt. Viele junge Eltern müssen erwerbstätig sein, weil das Einkommen eines Elternteils nicht genügt. Andere Eltern wünschen weiterhin erwerbstätig zu bleiben. Gerade nach einer sehr langen Ausbildung möchten Frauen und Männer ihre Arbeit nicht aufgeben. Je länger die Babypause ausfällt, desto schwieriger ist die Rückkehr in den Beruf. Die Wirtschaft ist sehr daran interessiert, dass junge Eltern im Erwerbsleben bleiben. Auch die Stadt Winterthur profitiert von höheren Steuereinnahmen. Nicht zuletzt kommt der Austausch mit anderen Kindern in qualitativ hochstehenden Betreuungseinrichtungen den Kindern zugute – gerade in der heutigen Gesellschaft mit vielen Kleinfamilien. Eigentlich fehlen etwa 100 subventionierte Betreuungsplätze. Diese sollten möglichst bald geschaffen werden. Eine Reduktion der Ausbaugeschwindigkeit – wie im Voranschlag 2008 vorgesehen – ist nicht im Sinn der SP. Auch der Ausbau der Betreuung in Tagesfamilien ist viel zu gering. Mit den beiden Anträgen können die fehlenden Plätze nicht gedeckt werden. Im Sinne eines Kompromisses hat die SP eine Minimalaufstockung vorgeschlagen. Dieser Vorschlag wird hoffentlich vom Gemeinderat angenommen.

**St. Schär (SVP):** Die SVP-Fraktion lehnt die zusätzliche Erhöhung der Anzahl Kinder- und Säuglingsplätze ab, unterstützt aber den Vorschlag des Stadtrates gemäss Novemberbrief – nämlich eine Erhöhung um 11 beziehungsweise 6 Plätze. Im IAFP ist diese Steigerung ebenfalls vorgesehen. Die Erhöhung der Betreuungsstunden in Tagesfamilien um 6'000 Stunden ist verfrüht. Zuerst muss abgewartet werden, wie sich die Situation entwickelt.

**R. Schürmann (CVP):** Die CVP-Fraktion unterstützt die beiden Anträge. Es ist voraussehbar, dass im Jahr 2008 die Stadt Winterthur 100'000 Einwohner zählen wird. Deshalb müssen auch mehr Kinder- und Säuglingsplätze zur Verfügung stehen. Die CVP konnte sich für den ursprünglichen Vorschlag je 10 zusätzliche Plätze zu schaffen nicht erwärmen. In der Folge ist ein politischer Kompromiss zustande gekommen, der eventuell auch durchsetzbar ist. Die CVP will diesem Antrag zum Durchbruch verhelfen. Es sollen aber keine Säuglings- und Kinderplätze auf Vorrat geschaffen werden. Der Bedarf für die Plätze, die jetzt beantragt werden, ist ausgewiesen. Über weitere Plätze muss erneut diskutiert werden.

**F. Helg (FDP):** Die FDP-Fraktion beantragt den beiden stadträtlichen Anträgen zuzustimmen – sowohl der Erhöhung der Kinder- und Säuglingsplätze, als auch der Erhöhung der Betreuungsstunden in Tagesfamilien. Der Stadtrat hat im ursprünglichen Budgetentwurf im IAFP, die Entwicklung der nächsten Jahre aufgezeigt. Das Interesse an Kinder- und Säuglingsplätzen steigt von Jahr zu Jahr. Die zu erwartenden Zuwachsraten in den nächsten Jahren sind erheblich. Die vorgeschlagene Erhöhung ist deshalb vernünftig. Eine grössere Steigerung wäre finanzpolitisch nicht tragbar.

**B. Günthard-Maier (FDP):** Vor einem halben Jahr hat die FDP-Fraktion einen Vorstoss eingereicht für die Schaffung von Krippenplätzen. Die FDP unterstützt die Bemühungen familienergänzende Betreuungsplätze zu schaffen. Sie wählt aber einen anderen Lösungsansatz als die Ratslinke, die jedes Problem mit mehr Geld vom Staat – oder wie in diesem Fall von

der Stadt – lösen will. Die FDP ist sich bewusst, dass die Gelder, die von der Stadt ausgegeben werden, von den Bewohnerinnen und Bewohnern von Winterthur stammen. Ein Durchschnittshaushalt muss bereits heute ein Drittel des Einkommens für Steuern und Sozialabgaben ausgeben. Im Vorstoss, den die FDP-Fraktion vor eine halben Jahr eingereicht hat, wurde angeregt, die Vorschriften für die Schaffung von Betreuungsplätzen und für die Betreuung von Kindern zu vereinfachen. Damit könnten mit dem gleichen Geld ca. 20 % mehr Plätze geschaffen werden. Das wäre im Fall von Winterthur ein Plus von 40 Plätzen – nicht nur von 5, wie sie jetzt beantragt sind. Vor diesem Hintergrund hat die FDP-Fraktion beschlossen, diesmal in der Budgetdebatte zum Antrag der BSKK Nein zu sagen und zwar ein klares Nein vor allem zum Vorgehen der BSKK und der Ratslinken. Die FDP hat genug davon, dass alle Probleme ausschliesslich mit öffentlichem Geld gelöst werden. Sie hat auch genug davon, die Einwohnerinnen und Einwohner finanziell noch mehr zu belasten. In Zukunft wird es andere Lösungsansätze geben.

**B. Günthard-Fitze (EVP):** Die EVP/EDU/GLP-Fraktion wird den Anträgen der BSKK zustimmen – sowohl der Erhöhung der Kinder- und Säuglingsplätze wie auch der Erhöhung der Betreuungsstunden in Tagesfamilien. Die Wartelisten sind sehr lang. Wenn es um die Betreuung von Kindern geht, sind Investitionen sehr wichtig. Aus diesem Grund unterstützt die Fraktion den Antrag der BSKK.

**Stadträtin P. Pederngana:** Der Stadtrat schliesst sich dem Antrag der BSKK an. Es handelt sich um einen politischen Kompromiss, der überzeugt. Auch weil damit die verschiedenen familienergänzenden Betreuungsformen unterstützt werden, sowohl Tagesfamilien, wie auch die Betreuung in Krippen. Jede Betreuungsform hat Vorzüge, je nach Betreuungsbedarf ist die eine oder andere Form besser geeignet. Der massvolle Ausbau, den die BSKK vorschlägt, wird auch von Seiten der Wirtschaft und der Bevölkerung unterstützt. Der Stadtrat hat im Rahmen der Wirtschaftsgespräche mit vielen Wirtschaftsvertretern gesprochen, die klar dargelegt haben, dass sie Lösungen benötigen damit Frauen in den Erwerbsprozess eingebunden werden können. Der Stadtrat hat auch die Arbeitgeber aufgefordert Lösungen anzubieten, die Stadt kann nicht alles übernehmen. Ein kleiner Ausbau der subventionierten Plätze wird vom Stadtrat aber befürwortet.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag der BSKK abstimmen, die Anzahl der Kinder- und Säuglingsplätze um je 5 Plätze aufzustocken und dafür den Globalkredit um 181'250 Franken zu erhöhen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit klarer Mehrheit zu.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag der BSKK abstimmen, den Globalkredit um 36'000 Franken zur Erhöhung der Betreuungsstunden in Tagesfamilien aufzustocken.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit klarer Mehrheit zu.

## **575000 Schuldienste**

**F. Helg (FDP):** Die BSKK stellt den Antrag (9 zu 0 Stimmen) in den parlamentarischen Zielvorgaben der Schuldienste, die Anzahl gesunde Znüni auf mindestens 70 % festzulegen. Die Anzahl der gesunden Znüni ist ein Indikator für die Wirksamkeit der Präventionsbemühungen. Der Vorschlag hat keinen Widerspruch innerhalb der Kommission ausgelöst.

**Stadträtin P. Pederngana:** Auf die Qualität des Znünis kann die Stadträtin nur indirekt Einfluss nehmen. Deshalb soll diese Gelegenheit genutzt werden. Die Departementsleitung ist angewiesen auf Verstärker, das können Lehrpersonen, der Gemeinderat oder auch die

Schulzahnklinik sein, wenn es darum geht, die Eltern dafür zu gewinnen, dass sie ihren Kindern mindestens an 7 von 10 Tagen einen gesunden Znüni mitgeben.

## **580000 Berufsbildung** keine Anträge

## **590000 Sportamt**

**F. Helg (FDP):** Die FDP-Fraktion stellt den Antrag das Globalbudget um 57'500 Franken zu kürzen und auf den Leiter Schulsportprojekte zu verzichten. Diese Stelle gehört zum Wünschbaren, von der Notwendigkeit ist die FDP nicht überzeugt. Das Departement hat in den Unterlagen, die der Kommission zur Verfügung gestellt worden sind, eingehend dargelegt wozu diese Stelle benötigt wird. Die Qualität des Schulsports soll verbessert werden. Zu den Aufgaben des Leiters Schulprojekte gehören die Evaluation von Projekten und die Begleitung der Umsetzung dieser Projekte. Es handelt sich um 34 Projekte, die geplant sind. Das ist beeindruckend aber auch etwas abschreckend, wenn man die notwendige Schreibtischarbeit bedenkt. In diesem Bereich muss Mass gehalten werden. Der Schulsport wird im Departement durch die bestehende Stelle des Schulsportfachvorstehers betreut. Entscheidend ist, was an den Schulen passiert. Der Sport ist mit den obligatorischen Turnlektionen recht gut an den Schulen verankert. Auch die Lehrpersonen betätigen sich erfolgreich auf diesem Gebiet – auch ohne Support durch eine Fachstelle. Diese Erfolge zeigen, dass viel erreicht werden kann, ohne Ausbau in der Verwaltung. Aus diesen Gründen ist auf diese Stelle zu verzichten.

**Ch. Baumann (SP):** Die SP-Fraktion lehnt den Antrag auf Streichung der 50 % Stelle für einen Projektleiter Schulsport ab. Mit dieser Stelle soll die Qualität des Schulsportes an den Winterthurer Schulen verbessert werden. Die Schülerinnen und Schüler bringen immer weniger Voraussetzungen mit, um den Ansprüchen des Lehrplans gerecht zu werden. Andererseits kommt dieser Bereich in der Lehrerausbildung zu kurz. In Winterthur soll zudem ein Kompetenzzentrum für Bewegung und Sport entstehen. Als drittes ist auch ein Projekt für das 9. Schuljahr vorgesehen. Dieses Angebot soll dazu führen, dass die Schülerinnen und Schüler nach der obligatorischen Schulzeit weiterhin Sport betreiben, indem sie an die bestehenden Angebote herangeführt werden. Realität ist, dass zurzeit viele Jugendliche mit 17 aufhören Sport zu treiben. Mit diesem Angebot sollen sie animiert werden sich weiterhin sportlich zu betätigen.

**J. Lisibach (SVP):** Die BSKK hat den Streichungsantrag mit 3 zu 6 Stimmen abgelehnt. Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der FDP. Es handelt sich um eine Hilfe für Sportlehrer. Sicherlich brauchen die engagierten Sportlehrer diese Hilfe nicht. Auf die Auswertung, ob die Jugendlichen mit 17 Jahren aufgrund dieser Stelle sich vermehrt in den Sportvereinen engagieren, ist J. Lisibach gespannt. Er bezweifelt das.

**Stadträtin P. Pedernana:** Es geht nicht nur darum, dass die Jugendlichen in den Vereinen bleiben, sondern darum, dass sie sich weiterhin sportlich betätigen. Damit werden auch die Warnungen der Schulärztinnen und Schulärzte ernst genommen, wonach ein rasanter Anstieg von übergewichtigen und fettleibigen Kindern zu verzeichnen ist. Bewegungsförderungsprojekte für die besonders betroffenen Kinder sollen in die Wege geleitet werden. Aber auch Bewegungsförderungsprojekte für Kindergarten Kinder sollen erarbeitet werden. Die Mobilität ist an den Kindergärten nicht mehr so ausgeprägt. Es gibt viele Anzeichen – auch aus medizinischer Sicht – die es notwendig machen mehr in diesen Bereich zu investieren, damit Kinder- und Jugendliche gesund bleiben.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über die Kürzung des Globalkredits um 57'500 Franken abstimmen.

**Der Rat** lehnt den Antrag mit 29 zu 23 Stimmen ab.

## **Departement Soziales**

---

**611000 Vormundschaftsamt** keine Anträge

**622000 Jugend- und Familienhilfe** keine Anträge

**623000 Sozial- und Erwachsenenhilfe**

**M. Ott (SP):** Die SSK stellt den Antrag, die Messgrösse Neuaufnahmen pro 100 % Stelle bei der Fachstelle für Sozialversicherungen im Soll 2008 von 600 bis 700 Fälle auf 500 bis 600 Fälle zu reduzieren, verbunden mit einer allfälligen Stellenplanerweiterung um 25 %. Die Fachstelle Sozialversicherung prüft vor allem, ob für die neu angemeldeten Fälle in der Sozial- und Wirtschaftshilfe noch andere Kostenträger auszumachen sind, die vor der Sozial- und Wirtschaftshilfe zu Zahlungen verpflichtet sind – IV-Renten, Arbeitslosentaggelder, Versicherungsleistungen, Lohnansprüche etc. Die Effizienz dieser Stelle hängt stark davon ab, wie viele Fälle pro 100 % Pensum bewältigt werden müssen. Die im Budget aufgeführten 600 bis 700 Fälle pro 100 % Stelle bedeuten, dass pro Arbeitstag mindestens 3 neue Dossiers geprüft werden müssen. Je nach dem müssen Verhandlungen mit Versicherungen geführt, IV-Einsprachen geschrieben werden etc. Das ist nach Meinung einer Kommissionsmehrheit eine zu hohe Belastung. Wenn diese Stelle effizient arbeitet kann, wird die Sozialhilfe entlastet. Deshalb beantragt die SSK, dass dieser Wert auf 500 bis 600 neue Fälle reduziert wird. Das entspricht etwa einem 25 % Pensum. Auf den Globalkredit der Sozial- und Erwachsenenhilfe wird es keine Auswirkungen haben. Die Verwaltung geht davon aus, dass das Geld wieder eingespart werden kann. Auch im Namen der SP-Fraktion bittet M. Ott um Zustimmung.

**A. Meier (FDP):** Die FDP-Fraktion unterstützt diesen Antrag nicht. Auch wenn für das Budget 2008 keine Kostenfolgen zu erwarten sind, lehnt die Fraktion die Reduktion der Fälle pro 100 % Stelle zum jetzigen Zeitpunkt ab. Eine Festsetzung der Anzahl Fälle impliziert geradezu eine Stellenaufstockung mit Kostenfolge im nächsten Budget. Deshalb soll die Fachstelle ein weiteres Jahr arbeiten. Danach kann beurteilt werden, ob Kapazitätsengpässe bestehen und wie diese gelöst werden können. Zum jetzigen Zeitpunkt ist zudem schwer abzuschätzen wie sich die IV-Revision auf die Stadt auswirken wird.

**W. Badertscher (SVP):** Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der SSK im Bewusstsein, dass keine Kosten generiert werden. Die vorliegenden Angaben sind aber noch nicht ganz verlässlich. Die Zukunft wird zeigen, welche Auswirkungen diese Änderung haben wird. Neue Anträge müssen kontrolliert werden, eine Aufstockung der Stellenprozente müsste aber innerhalb des Sozialdepartements aufgefangen werden.

**Stadträtin M. Ingold:** Die Fachstelle bearbeitet nicht nur Fälle, sie nimmt auch für die ganze Sozialberatung inklusive Betreuungsdienst Beratungs- Instruktions- und Expertinnenfunktion wahr. Nicht alle Neuaufnahmen sind in Bezug auf Sozialversicherungen relevant. Deshalb ist die Messgrösse der Fälle nicht ganz proportional zur Arbeitslast der Fachstelle. Die 600 bis 700 Fälle entsprechen dem realistischen Maximum, um ein Maximum an Effizienz zu erzielen. Wenn die Belastung auf 500 bis 600 Fälle reduziert wird, kann ein gewisses Risiko abgedeckt werden in Bezug auf die Einforderung von Leistungen von Dritten. Wenn die Fachstelle Sozialversicherung überlastet ist, kann sie reagieren.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag abstimmen, die Messgrösse Neuaufnahmen pro 100 % Stelle auf 500 bis 600 Fälle zu reduzieren.

**Der Rat** stimmt mit grosser Mehrheit zu.

## **624000 Asylwesen** keine Anträge

## **627000 Prävention und Suchthilfe**

**D. Berger (Grüne/AL)** stellt im Namen der SSK folgenden Antrag: Parlamentarische Zielvorgaben, Präventionsangebot: Die Anzahl der Plätze in den Projekten Jump und Jumpina ist von 30 auf total 36 zu erhöhen, mit der entsprechenden Erhöhung des Globalkredits um 80'000 Franken. Die SSK hat mit 6 zu 3 Stimmen zugestimmt. Der Stellenplan müsste um 30 % erhöht werden, um den Mehraufwand aufzufangen. Die Grüne/AL-Fraktion unterstützt den Antrag. Zurzeit beträgt die Wartezeit für die Aufnahme in das Projekt 1 Monat. In Bezug auf suchgefährdete Jugendliche ist schnelles reagieren sehr wichtig. Zudem sind immer wieder einmal zu wenige Plätze für Mädchen und ein andermal zu wenige Plätze für Jungen vorhanden. Mit dieser zusätzlichen Stelle könnten diese Engpässe aufgefangen werden. D. Berger bittet die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

**A. Meier (FDP):** Die FDP-Fraktion unterstützt diesen Antrag nicht – die Fraktion hat auch die Einführung von Jump und Jumpina abgelehnt. Es ist klar, dass solche Projekte immer zu wenig Platz haben. Die Stadt könnte jedes Jahr neue Plätze schaffen und es wäre noch immer nicht genug. Das Angebot schafft die Nachfrage. Die Warteliste wird auch mit 36 Plätzen nicht kleiner.

**W. Badertscher (SVP):** Die SVP-Fraktion unterstützt den Ablehnungsantrag der FDP. Der Aufwand von 3,7 Millionen für die Projekte Jump und Jumpina ist sehr hoch. Mit noch mehr Plätzen wird das Problem nicht gelöst. Auch die SVP hat das Projekt bereits bei der Einführung abgelehnt und wird es auch jetzt nicht unterstützen. Deshalb lehnt die Fraktion die Aufstockung ab.

**A. Daurù (SP):** Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag die Anzahl der Plätze den Projekten Jump und Jumpina auf gesamthaft 36 Plätze zu erhöhen. In letzter Zeit sind sowohl auf politischer wie auch auf medialer und gesellschaftlicher Ebene immer wieder die Zunahme der Jugendgewalt sowie eine allgemeine Verwahrlosung der Jugend diskutiert worden. Die Jugendarbeitslosigkeit ist nach wie vor recht hoch und gerade in diesem Zusammenhang nicht zu unterschätzen. Viele Jugendliche haben Mühe den hohen Anforderungen im Berufs- und Gesellschaftsleben gerecht zu werden. An den besonders gefährdeten Schnittstellen zwischen Oberstufe, Ausbildung und Erwerbsleben gibt es immer wieder Jugendliche, die es nicht allein schaffen die nächste Stufe zu erreichen. Diese Jugendlichen haben ein erhöhtes Risiko zwischen diesen Schnittstellen abzurutschen und somit auch ein erhöhtes Risiko in eine Drogen- oder Alkoholsucht abzugleiten. Genau hier setzt Jump und Jumpina an und bietet den Jugendlichen Unterstützung in der beruflichen und sozialen Integration. Wie im Teil B des Voranschlags in den operativen Zielen zu lesen ist, werden die Wartezeiten für das Jahr 2008 mit 29 bis 34 Tagen angesetzt. Das ist für die betroffenen Jugendlichen zu lange. Es besteht das Risiko, dass eine Aufnahme zu spät kommt, die Konsequenzen können Verwahrlosung und Sinnfindungsprobleme sein. Das ist unbedingt zu verhindern. Es ist unerlässlich die Projektplätze auf 36 zu erhöhen. Mittel- oder langfristige Kosten im Sozial- oder gar im Jugendstrafbereich können damit verhindert werden. A. Daurù bittet die Ratsmitglieder, den Antrag zu unterstützen.

**R. Isler (SVP):** Das letzte Votum ist wirklich schon beinahe zynisch. Auf der einen Seite wird von Suchtproblemen gesprochen und auf der anderen Seite will die linke Ratsseite die Betäubungsmittel legalisieren. Jedes Jahr wird über eine Aufstockung der Plätze geredet und gleichzeitig will man den Konsum freigeben. Das ist schizophren.

**N. Gugger (EVP/EDU/GLP):** Mit dem Votum ist R. Isler etwas ins Kraut gefahren. Wenn man den Antrag genau betrachtet – eine Aufstockung auf 36 Plätze und Kosten von 80'000 Franken – ist die Erhöhung sehr moderat. Die Jugendlichen zwischen 16 und 18 sind in einer enorm wichtigen Phase. Sie sind sehr stark auf der Suche. Wenn mit 80'000 Franken nur ein Jugendlicher, der sich in einer schwierigen Situation befindet, davon abgehalten werden kann abzugleiten, spart die Stadt 100'000de von Franken. Deshalb wird die EVP / EDU / GLP-Fraktion den Antrag unterstützen.

**A. Daurù (SP):** In der SP war noch nie die Rede davon, dass für unter 18 jährige der Drogenkonsum freigegeben werden soll.

**Stadträtin M. Ingold:** Jump und Jumpina ist ein hervorragendes Programm und hat sich sehr gut bewährt. Die Stadträtin erinnert sich noch sehr gut an die Abstimmung im Rat. Es gibt tatsächlich Wartelisten – vor allem bei den Mädchen. Mit 36 Plätzen wäre das betriebliche Maximum erreicht. Nutzen oder Schaden von Rückstellungen und Wartezeiten hat die Stadt nicht eingerechnet. Der Stadtrat hält an seinem Antrag fest.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag der SSK abstimmen, die Anzahl der Plätze auf 36 zu erhöhen und den Globalkredit um 80'000 Franken aufzustocken.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit klarer Mehrheit zu.

## **631000 Bereichsleitung** keine Anträge

## **632000 Alterszentren**

**A. Meier (FDP):** Die SSK stellt folgenden Antrag. Parlamentarische Zielvorgaben, Kapazität: Die Wartezeit in Monaten bei der Langzeitpflege ist auf einen Monat zu reduzieren mit entsprechender Erhöhung des Globalkredits um 800'000 Franken verbunden mit der Schaffung von 12,3 zusätzlichen Stellen. Der Antrag wurde von der Kommission mit 7 zu 1 Stimmen angenommen. Im vorliegenden Budget sind bereits 14,1 neue Stellen enthalten. Diese setzen sich wie folgt zusammen: 10,1 Stellen werden für den Ersatz der Lernenden durch ausgebildetes Personal benötigt. Die Ausbildung im Pflegebereich hat sich geändert. Die Lernenden sind nach dem neuen Ausbildungssystem jünger und können noch nicht so selbständig arbeiten. Deshalb wird mehr Personal benötigt – einerseits um einen Teil der Lernenden zu ersetzen und andererseits für die Betreuung der nach den neuen Richtlinien Auszubildenden. 4 Stellen werden geschaffen damit mehr Personen mit höherer Pflegebedürftigkeit aufgenommen werden können. In der Altersplanung der Stadt Winterthur wird eine Zunahme der über 80jährigen Bevölkerung prognostiziert. Dadurch wird die Anzahl der pflegebedürftigen Personen jedes Jahr steigen. Es braucht eine Verlagerung von den Altersheimplätzen hin zu Pflegeheimplätzen. Weil die Pflegebedürftigkeit der Personen in den Heimen bereits jetzt gestiegen ist, werden 4 zusätzliche Stellen beantragt, um den Mehraufwand aufzufangen. Mit diesen 14,1 Stellen wird die Wartezeit noch 2,5 Monate betragen. Damit die Wartezeit auf 1 Monat reduziert werden kann, braucht es weitere 12,3 Stellen und damit eine Erhöhung des Globalkredits um 800'000 Franken. Wie Stadträtin V. Gick in der Eintretensdebatte erklärt hat, legt der Stadtrat einen revidierten Antrag vor. Er beantragt den Globalkredit um 300'000 Franken zu erhöhen, damit wird die Wartezeit auf 1,5 Monate gesenkt werden kann.

Die FDP-Fraktion unterstützt in erster Linie den ursprünglichen Antrag des Stadtrates. Wenn dieser unterliegt, wird die Fraktion dem Kompromissantrag des Stadtrates zustimmen. Nicht unterstützen wird die Fraktion den Kommissionsantrag. Wartezeiten sind nicht die beste Lösung. Aber eine Wartezeit von 2,5 Monaten ist vertretbar und auswärtige Platzierungen sind zumutbar. Personen, die auswärts platziert werden müssen, können in ein

Winterthurer Heim umziehen, sobald ein Platz frei wird. Der Stadt geht es finanziell noch nicht so gut, dass jährliche Kosten von 800'000 Franken einfach verkraftet werden können.

**B. Baltensberger (SP):** Die SP-Fraktion begrüsst den Antrag der SSK. Den Stadtratsantrag, der vorsieht den Globalkredit lediglich um 300'000 Franken zu erhöhen, lehnt die Fraktion ab. Die 12,3 Stellen müssen aus demographischen Gründen geschaffen werden. In den nächsten Jahren wird es immer mehr pflegebedürftige Personen geben. Es wird mit einer Zunahme innerhalb der nächsten 10 Jahre von ca. 15 % gerechnet, das sind knapp 100 Personen, die über 80 Jahre alt sind und in Winterthur leben. Das heisst mehr Pflegeheimplätze sind notwendig. Die Nachfrage nach Pflegebetten steigt kontinuierlich. Eigentliche Altersheimplätze werden immer weniger benötigt, weil die Spitex einen grossen Teil der Betreuung abdeckt. In den Pflegeheimen fehlt aber das Pflegepersonal. Wenn diese Stellen nicht oder nur teilweise bewilligt werden, müssen die pflegebedürftigen Winterthurerinnen und Winterthur zunehmend in auswärtigen Pflegeheimen untergebracht werden. Im Jahr 2006 waren das bereits 68 Menschen. Neben den Auswärtsplatzierungen nimmt man in Kauf, dass Menschen, die bereits in den Heimen sind und pflegebedürftig werden, in andere Heime umplatziert werden müssen. Es stünde der Stadt Winterthur gut an die notwendigen Stellen zu schaffen und damit den Solidaritätsgedanken mit der älteren Bevölkerung so zu leben, wie das in den Legislaturzielen versprochen worden wird.

**W. Badertscher (SVP):** Die SVP-Fraktion unterstützt den Ablehnungsantrag der FDP. Im Voranschlag ist eine Kostensteigerung von 700'000 Franken budgetiert. Bereits im Voranschlag 2007 wurde eine Kostensteigerung von 1,3 Millionen eingestellt, damals wurden aber Stellen gekürzt. Jetzt werden erneut 18,4 Stellen geschaffen. Wenn die einzelnen Produkte analysiert werden, zeigt sich, dass der Kostendeckungsgrad in der Langzeitpflege von 91 % auf 86 % gesunken ist. Im Produkt Langzeitwohnen beträgt der Kostendeckungsgrad 115 % - dadurch entsteht ein Gewinn von 2 Millionen. Die Kostendeckung beim temporären Angebot beträgt 87 %, die Effizienz konnte um 18 % gesteigert werden und nähert sich der Zielvorgabe Volldeckung langsam an. Die Dienstleistungen an Dritte erreichen 96 % der Kostendeckung. Mit der Reorganisation sollten die Kosten gesenkt werden – das ist auch umgesetzt worden – gleichzeitig sollte auch die Leistung verbessert werden. Mit diesem Voranschlag werden diese Vorgaben wieder zunichte gemacht. Wenn im Langzeitwohnen ein Gewinn resultiert, werden zu hohe Kosten verrechnet. Mit diesen Gewinnen werden die Kosten der Langzeitpflege subventioniert. Es muss auf eine reelle Kostendeckung umgestellt werden. Die Kosten, die in den verschiedenen Abteilungen generiert werden, müssen kostendeckend verrechnet werden. Es ist eine Tatsache, dass mehr Menschen Langzeitpflege benötigen. Mit dem Kommissionsantrag wird aber die Reorganisation rückgängig gemacht. Die Kosten der Langzeitpflege müssen deshalb erneut genau geprüft werden – eine Kostensenkung muss erreicht werden. Quervergleiche der Pflegeheime zeigen, dass die Tarife in Winterthur zu den höchsten gehören.

**D. Berger (Grüne/AL)** ist über die Art, wie die Vorstösse präsentiert werden, befremdet. Inhaltlich steht die Grüne/AL-Fraktion aber hinter den Vorstössen der Kommissionen und will sie unterstützen. Die Fraktion wird primär den Vorschlag der SSK unterstützen, falls dieser abgelehnt wird, unterstützt die Fraktion den Kompromissantrag des Stadtrates – Erhöhung des Globalbudgets um 300'000 Franken.

**Stadträtin M. Ingold:** Der Stadtrat hat Verständnis für die geänderten Rahmenbedingungen und die Abschaffung der klassischen Pflegeausbildung. Auch der steigende Bedarf aufgrund der demographischen Entwicklung ist eine Tatsache. Die Parlamentarische Zielvorgabe von 1 Monat Wartezeit ist zwar wünschbar aber nicht zwingend. Mit Rücksicht auf die finanzielle Situation der Stadt und auf den nicht vorhandenen Spielraum im Budget, beantragt der Stadtrat eine Erhöhung des Globalkredits um 300'000 Franken – das bedeutet eine Steigerung der Ausgaben von 5,5 Millionen auf 5,8 Millionen. Die Wartezeit würde dann genau 1,6 Monate betragen.

**U. Dolski (CVP):** Der Antrag der SSK verlangt eine Erhöhung des Globalkredits um 800'000 Franken und die Reduktion der Wartezeit auf 1 Monat. Mit diesem Antrag besteht auch die Möglichkeit 26 pflegebedürftige Bewohnende mehr aufzunehmen. Damit werden wieder Einnahmen generiert. Handelt es sich bei diesem Antrag um einen Nettokredit? Sind auch die vorgeschlagenen 300'000 Franken Erhöhung des Stadtrates als Nettokredit zu verstehen?

**Stadträtin M. Ingold** bestätigt, dass es sich um Nettokredite handelt.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt als erstes über den ursprünglichen stadträtlichen Antrag, dann über den modifizierten Antrag des Stadtrates und zuletzt über den Antrag der SSK abstimmen. Jeder Gemeinderat und jede Gemeinderätin verfügt an diesen drei Abstimmungen über eine Stimme.

**Der Rat** stimmt mit absolutem Mehr – 30 Ja Stimmen – für den Antrag der SSK. Damit wird das Globalbudget Alterszentren um 800'000 Franken erhöht.

## 638000 Spitex

**A. Meier (FDP)** stellt im Namen der SSK folgenden Antrag: Parlamentarische Zielvorgaben, Kapazität: Die Anzahl der Anfragen, die von der Spitex nicht übernommen werden können, ist auf 120 zu reduzieren. Damit erhöht sich die Anzahl der Anfragen, die von der Spitex übernommen werden auf 1'050 Fälle. Der Globalkredit wird um 308'000 Franken erhöht, was 4,7 zusätzlichen Stellen entspricht. Der Antrag wurde in der Kommission mit 7 zu 1 Stimmen angenommen. Es wird eine weitere Zunahme von pflegebedürftigen Personen geben. Die Stadt verfolgt das Konzept – ambulant vor stationär. Bereits heute muss die Spitex Anfragen ablehnen und an andere Spitex-Organisationen verweisen. Auch diese Organisationen stossen an ihre Kapazitätsgrenzen. Mit diesem Antrag kann erreicht werden, dass die Anzahl Personen, die betreut werden können, gesteigert werden kann. Das bedingt aber eine Erhöhung der Anzahl Stellen und eine Aufstockung des Globalkredits. Der Stadtrat legt einen Kompromissantrag vor und beantragt 2 statt 4 neue Stellen zu schaffen und den Globalkredit um 180'000 Franken zu erhöhen. Die FDP unterstützt die Bestrebungen, dass pflegebedürftige Personen möglichst lange zu Hause betreut werden können. Die Betreuung durch die Spitex kostet weniger, als die Betreuung in einer stationären Einrichtung. Es ist aber notwendig die Kapazitäten der Spitex auszubauen. Die FDP-Fraktion unterstützt den Kompromissantrag des Stadtrates.

**M. Ott (SP):** Die SP-Fraktion unterstützt den Antrag der SSK und bittet die Ratsmitglieder, den Antrag des Stadtrates abzulehnen. Einerseits braucht es die 4,7 neuen Stellen, weil die Spitex bereits überlastet ist. Es müssen mehr Anfragen abgelehnt werden, als in den Zielvorgaben vorgesehen sind. Auch die privaten Anbieter stossen an ihre Grenzen. Andererseits ist die Notwendigkeit, das Angebot der Spitex auszubauen, eine direkte Folge der Reorganisation im Heimbereich. Es sind Pflegeplätze zulasten der Plätze im Alterswohnbereich ausgebaut worden. Das geht nur, wenn den Leuten, die noch zu Hause wohnen, vermehrt Spitexleistungen angeboten werden können. Dass die Leute möglichst lange zu Hause bleiben können, ist gesellschaftspolitisch wünschenswert. Es ist auch eine Frage der Lebensqualität – die meisten älteren Menschen wollen so lange wie möglich zu Hause bleiben. Die Stadt hat auch ein grosses finanzielles Interesse, weil die Pflege zu Hause sehr viel billiger ist als der Aufenthalt in einer Institution. M. Ott bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag der SSK zuzustimmen.

**W. Badertscher (SVP):** Die SVP-Fraktion unterstützt den Antrag der SSK aus den genannten Gründen.

**N. Gugger (EVP/EDU/GLP):** Die EVP/EDU/GLP-Fraktion hat den Antrag in die Kommission eingebracht und bedankt sich für die mehrheitlich gute Aufnahme. In der Fraktion sitzen zwei Spitex-Fachfrauen. Es geht bei diesem Antrag auch um Fairness und Respekt zwischen den Generationen. Der Ausbau des Spitex-Angebots ist das einzig Richtige. Die ältere Generation hat viel geleistet und hat es verdient, dass die so lange wie möglich zu Hause bleiben kann.

**Stadträtin M. Ingold:** Der Kompromissantrag des Stadtrates von 180'000 bedeutet, dass 150 Anfragen nicht übernommen werden können und weitergeleitet werden müssen, statt 120, wie das in den Parlamentarischen Zielvorgaben von der SSK gewünscht wird.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag der SSK abstimmen – Erhöhung des Globalkredits der Spitex um 308'000 Franken.

**Der Rat** stimmt mit klarer Mehrheit dem Antrag zu.

**641000 Beiträge im Gesundheits- und Altersbereich** keine Anträge.

**651000 Koordinationsstelle für Arbeitsprojekte (KAP)** keine Anträge.

**691000 Departementssekretariat** keine Anträge.

## Departement Technische Betriebe

---

### 710000 Stadtwerke Winterthur

**R. Wirth (SP)** stellt im Namen der SP-Fraktion folgenden Antrag: Die Stadtwerke installieren im Jahr 2008 Produktionsanlagen für erneuerbare Energie im Umfang von 4 Millionen. Es kann sich dabei um Photovoltaik-, Solar-Warmwasseraufbereitungs-, Windanlagen oder Geothermie handeln. Die Finanzierung erfolgt hälftig zu Lasten der Betriebsreserven aus Stromhandel und Stromverteilung, deren Bestände 2008 über 12 respektive über 20 Millionen liegen. Der Antrag wurde mit 4 zu 5 Stimmen abgelehnt. Der Klimawandel ist eine Tatsache – alle sprechen darüber. Auch die FDP-Fraktion hat sich heute Abend als Kämpferin gegen den Klimawandel geoutet. Jetzt geht es um konkrete Massnahmen. Die Stadt muss mit gutem Beispiel vorangehen und pro aktiv Anlagen zur Erzeugung von erneuerbarer Energie dort installieren, wo es technisch Sinn macht. Selbstverständlich braucht es dazu finanzielle Mittel. Die Stadtwerke sind finanziell in einer komfortablen Lage und können diese Projekte problemlos finanzieren. Der Klimafond ist ein gutes Projekt, reicht aber nicht aus. Als politisch Verantwortliche, sind die Ratsmitglieder aufgefordert zu handeln. Die Stadtwerke wollen die Reserven zurückhalten, das ist eine Möglichkeit. Damit wird aber die Verantwortung nicht wahrgenommen. R. Wirth ruft die Ratsmitglieder auf Verantwortung für die Erde und die Stadt Winterthur zu übernehmen und bittet die Ratsmitglieder, dem Antrag zuzustimmen.

**J. Altwegg (Grüne/AL):** Die Grüne/AL-Fraktion findet den Antrag natürlich sympathisch. Sonnenkollektoren sammeln effizient Energie. Windenergie ist in Winterthur weniger erfolgversprechend. Ganz wichtig ist, dass Geothermie in diesem Zusammenhang miterwähnt wird. Die Durchführbarkeit ist aber sowohl rechtlich wie auch tatsächlich nicht ganz einfach. Die Fraktion stimmt dem Antrag trotzdem zu. Das Investitionsvolumen im ökologischen Bereich ist in Winterthur noch immer zu gering. Dem Stadtrat die Ermächtigung zu erteilen, tätig zu werden, ist ein vertretbares Minimum. In einer späteren Phase, falls der Stadtrat allzu zurückhaltend handeln sollte, wird die Grüne/AL-Fraktion mehr Druck zu machen.

**J. Heusser (FDP)** vertritt die Meinung der BBK. Die Kommission hat sich mit 5 zu 4 Stimmen gegen diesen Antrag entschieden. Die SP hat deshalb diesen Antrag im eigenen Namen gestellt. Es ist im Sinne der FDP-Fraktion, dass Solarzellen installiert werden. Das sollte aber Privaten überlassen werden. Die Stadtwerke sollen nicht dazu gezwungen werden, auf diese Art ihr Geld auszugeben. Die FDP stellt einen Ablehnungsantrag.

**U. Martinelli (EVP):** Die EVP lehnt diesen Antrag ab. Zwar nicht aus inhaltlichen Gründen, der Antrag ist aber sehr kurzfristig gestellt worden. Die Stadtwerke haben keine Möglichkeit sich zu überlegen, wie das Geld investiert werden soll. Mit den gleichen Argumenten könnte eine Motion lanciert werden. Damit hätten die Stadtwerke die notwendige Zeit, um die Ausgaben zu planen.

**M. Zeugin (GLP):** Die GLP wird diesem Antrag zustimmen. M. Zeugin stellt aber klar, dass auch die GLP mit dem Vorgehen nicht zufrieden ist. Das Anliegen hätte über eine Motion in den Rat gebracht werden müssen. Der Antrag ist für die Budgetdebatte zu kurzfristig einge-

reicht worden. Da aber dem Rat sowieso eine entsprechende Weisung vorgelegt werden muss, hat dieser Antrag eine Signalwirkung. Die GLP unterstützt deshalb den Antrag.

**Stadtrat M. Gfeller:** Es ist wichtig, dass der Antrag genau gelesen wird – auch aus Respekt vor dem Parlament. Die Ratsmitglieder erwarten vom Stadtrat, dass Anträge genau umgesetzt werden. Im Antrag steht: „Die Stadtwerke installieren“, wenn damit auf lokale Anlagen und lokale KMU Bezug genommen wird, die davon profitieren sollen, heisst das, dass diese Anlagen in Winterthur erstellt werden müssen. Das ist mindestens für Windenergie nicht sehr sinnvoll – andere Standorte in der Schweiz sind besser geeignet. Es wird verlangt, dass die Kosten je zur Hälfte aus dem Stromhandel und der Stromverteilung finanziert werden müssen. Im Stromhandel ist das ungünstig, weil die Stadtwerke bis Ende Jahr noch den Preisüberwacher und ab 1. Januar 2008 die Elektrizitätskommission (ELCom) im Nacken haben, die genau prüfen, wie die Gebühren zustande kommen. Bei der Stromverteilung wären die Stadtwerke freier. Es ist aber nicht sehr bedacht, wenn so plötzlich im Jahr 2008 4 Millionen mehr ausgegeben werden sollen – Stadtrat M. Gfeller hat seit 4 Wochen von diesem Antrag Kenntnis. Seriöse Projekte benötigen eine seriöse Planung – das fängt bei der Finanzierung an. Die Art der Kommunikation bereitet Stadtrat M. Gfeller Mühe. Obwohl die Antragsteller eineinhalb Wochen vor der Antragsstellung einen Termin mit Stadtrat M. Gfeller hatten, ist der Stadtrat nicht informiert worden. Wenn ein Projekt mit Händen und Füßen entstehen soll, braucht es einen gegenseitigen Dialog. Damit könnten optimale Lösungen für Winterthur ausgearbeitet werden. Ein Projekt für 4 Millionen entsteht nicht innerhalb einer Woche. Der Stadtrat bittet die Ratsmitglieder, den Antrag abzulehnen. Die SP-Fraktion hat zudem bereits Vorstösse eingereicht, die in die gleiche Richtung zielen.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag der SP abstimmen – die Stadtwerke installieren im Jahr 2008 Produktionsanlagen für erneuerbare Energie im Umfang von 4 Millionen.

**Der Rat** lehnt den Antrag mit 30 zu 26 Stimmen ab.

**731000 Stadtbus Winterthur** keine Anträge.

**732000 FinöV Stadt** keine Anträge.

## **745000 Forstbetriebe**

### **Entwicklung Areal Reitplatz**

**R. Meier (SVP)** stellt im Namen der BBK folgenden Antrag: Der Kreditbetrag für die Projektierung und Entwicklung des Areals Reitplatz ist um 20'000 Franken zu reduzieren und den Projektierungskredit mit dem Budget 2008 zu bewilligen. Der Antrag wurde in der Kommission mit 9 zu 0 Stimmen angenommen. Neu beträgt der Projektierungskredit 300'000 Franken.

**Der Stadtrat** ist mit der Änderung einverstanden.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über die Kürzung des Projektierungskredit um 20'000 Franken auf 300'000 Franken abstimmen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag mit grosser Mehrheit zu.

**750000 Stadtgärtnerei** keine Anträge.

## Behörden und Stadtkanzlei

---

**810000 Stadtkanzlei** keine Anträge.

**860000 Ombuds- und Datenaufsichtsstelle** keine Anträge.

**Ratspräsident P. Rütimann:** Damit sind die Produktegruppen durchberaten. Die Ratsmitglieder stellen zum Teil A des Voranschlags keine weiteren Anträge.

## Schlussabstimmung

---

**St. Fritschi (FDP):** Was das Parlament heute Abend geboten hat, ist ein finanzpolitischer Sündenfall. Die FDP-Fraktion kann nicht mehr hinter diesem Budget stehen. Die Ratsmitglieder haben 1,6 Millionen laufende Mehrkosten verursacht und Investitionen getätigt von zusätzlichen 430'000 Franken. Die FDP-Fraktion hat mehrere Kürzungsanträge gestellt, weil sie sich verantwortlich fühlt für die städtischen Finanzen. Diese Anträge sind alle gescheitert. Die FDP-Fraktion kann dieses Vorgehen nicht mittragen und lehnt deshalb das Budget ab.

**R. Isler (SVP):** Wie bereits in der Eintretensdebatte bekannt gegeben, wird die SVP-Fraktion aufgrund der nachhaltigen Mehrausgaben dem Budget nicht zustimmen. Es handelt sich nicht mehr um das Budget, auf das die Fraktion eingetreten ist. Es ist auch in dieser Debatte wieder zum Ausdruck gekommen, dass ein Teil des Rates die Sparbemühungen untergräbt. Die Fraktion fragt sich, warum ein Budget, das von den Stadträten aufwendig erstellt worden ist, in der Budgetdebatte auf diese Weise verschlechtert wird. Zudem ist festzustellen, dass win.03 und HS07 nicht für alle Departemente gleichermassen gelten. Während die einen Departemente geknuppelt werden, werden anderen Annehmlichkeiten gewährt, die spätestens wenn es um das Finanzausgleichsgesetz geht nicht mehr mit Zentrumslasten gerechtfertigt werden können. Zu fast 90 % haben die zusätzlichen Ausgaben, die heute Abend bewilligt worden sind, mit externen Zentrumslasten nichts zu tun. Es ist gut, dass die Stimmbürgerinnen und Stimmbürger nicht über das Budget abstimmen können, weil dieses Budget von der Mehrheit abgelehnt würde. Aus den genannten Gründen lehnt die SVP-Fraktion das Budget ab.

**B. Günthard-Maier (FDP)** unterstützt die Aussage von St. Fritschi. Viele Anträge, die heute Abend gestellt worden sind, kann B. Günthard-Maier durchaus verstehen. Es ist offensichtlich, dass die Nutzung von Computern in der Schule Vorteile bringt, dass es Kinder gibt, die sich zu wenig bewegen und dass eine Wartezeit von 3 Monaten bis ein Pflegeplatz frei ist, unangenehm ist. Die Ratsmitglieder müssen sich aber fragen, ob es wirklich notwendig ist, dass die Stadt die zusätzlichen Ausgaben, die heute beschlossen worden sind, übernehmen muss. Was machen die Ratsmitglieder, wenn die Stadt kein Geld mehr hat? Sollen die Steuern noch mehr erhöht werden? Die Einwohnerinnen und Einwohner liefern bereits heute im Durchschnitt einen Drittel ihres Einkommens als Steuern ab. Was wird aus den Bürgerinnen und Bürgern, die diese Belastung nicht mehr tragen können? Sollen dann die Steuern erneut erhöht werden, damit diese Leute subventioniert werden können. Müssen alle Probleme durch die Stadt und mit öffentlichen Geldern gelöst werden? B. Günthard-Maier regt an, den Mut zu haben länger zu warten, Geduld zu haben und zu prüfen, ob auch Private einspringen können. R. Kleiber gibt dafür ein Beispiel, wenn sie ihrem privaten Laptop den Schülerinnen und Schülern zur Verfügung stellt. Im Weiteren gibt es Leute, die private

Krippenplätze schaffen und Sportvereine, die dafür sorgen, dass sich die Jugendlichen bewegen. Es wäre besser jeweils länger zu warten und zu prüfen, ob die Probleme mit Privaten gelöst werden können. B. Günthard-Maier befürchtet, dass die Stadt in zwei drei Jahren das nächste Sparprogramm in Angriff nehmen muss, wenn so weitergemacht wird.

**Y. Beutler (SP):** Nach den Erfahrungen der letzten Jahre ist von der SVP-Fraktion nichts anderes zu erwarten. Es wäre naiv gewesen zu erwarten, dass sie dieses Budget unterstützen. Die FDP macht es sich sehr einfach. Die Fraktionsmitglieder wissen genau, dass die vernünftigen Kräfte das Budget unterstützen werden. Die FDP kann sich so heraushalten und den Wählern erklären, sie mache nicht mehr mit. Die FDP ist ein schlechter Verlierer. Letztendlich geht es darum, dass die Ratsmitglieder die Interessen der Bevölkerung zu vertreten haben. Diese Interessen sind in den letzten Monaten offenbart worden. Es herrscht ein Notstand im Alters- und Pflegebereich und auch in anderen Bereichen. Das Parlament muss dafür sorgen, dass auch für diese Menschen gesorgt wird und nicht nur für die, die eine Optimierung der Steuern in den Vordergrund stellen.

**D. Hauser (SP)** dankt dem Stadtrat, dass er das diesjährige Budget sehr früh vorgelegt hat. Die Kommissionen konnten bereits Anfang September mit der Beratung beginnen. Es war ein sehr intensiver Prozess. Die SP hat drei Schwerpunkte formuliert – Ausbau der Krippenplätze, Reduktion der Wartezeiten in der Langzeitpflege und Ausdehnung des Leistungsangebots der Spitex. Damit soll ganz Unten aber auch Oben investiert werden. Über die Fraktionsgrenzen hinweg konnten Kompromisse geschmiedet werden, die die Qualität dieser Bereiche in erheblichem Ausmass verbessern. In diesem Sinne erlebt der Rat eine Sternstunde der Mitte/Links-Koalition im Rat. Es ist toll, dass diese Kompromisse zustande gekommen sind und dass eine Mehrheit zu diesem Budget Ja sagen kann.

**Stadträtin V. Gick:** Die Ratsmitglieder haben den Aufwandüberschuss um 1,575 Millionen erhöht oder anders gesagt 1'575'250 Franken. Die Besorgnis eines Teils des Rates ist deshalb durchaus verständlich. Das bedeutet, dass wiederkehrende Ausgaben in dieser Höhe beschlossen worden sind. Trotzdem bittet Stadträtin V. Gick die Ratsmitglieder, das Budget nicht abzulehnen. Aus den vergangenen Jahren sind die Rechtsfolgen bekannt, wenn kein Budget zustande kommt. Die Stadt darf – solange das Budget nicht verabschiedet ist – nur die zwingend notwendigen Ausgaben tätigen, zum Beispiel die Auszahlung der Löhne etc. Zwingende Ausgaben im Bereich der Investitionen können aber nicht getätigt werden, weil dazu die Berechtigung fehlt. Das trifft vor allem auch die Unternehmen in der Stadt. Wenn das Budget abgelehnt wird, muss der Stadtrat ein neues Budget vorlegen, von dem Stadträtin V. Gick aber nicht weiss, wie es aussehen müsste. Deshalb bittet die Stadträtin die Ratsmitglieder – trotz dieser schmerzlichen Aufwanderhöhung – das Budget zu genehmigen.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag 1 abstimmen – die Voranschläge über die Globalkredite und Leistungsziele der Produktgruppen der Stadt Winterthur in der Laufenden Rechnung für das Jahr 2008 werden im Sinne des bereinigten Antrags genehmigt.

**Der Rat** stimmt mit 37 zu 19 Stimmen zu.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag 2 abstimmen – Die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Laufenden Rechnung für das Jahr 2008 des noch nicht in die wirkungsorientierte Verwaltung überführten Teils der Volksschule werden genehmigt.

**Der Rat** stimmt dem Antrag zu.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag 3 abstimmen – die Voranschläge über die Aufwendungen und Erträge der Stadt Winterthur in den Investitionsrechnungen des Ver-

waltungsvermögens und des Finanzvermögens für das Jahr 2008 werden im Sinne des bereinigten Antrags genehmigt.

**Der Rat** stimmt dem Antrag zu.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag 4 abstimmen – die ordentliche Gemeindesteuer wird auf 123 % der einfachen Staatssteuer festgesetzt und zusammen mit der gesetzlichen Personalsteuer (24 Franken pro Person) in sieben Raten gleichzeitig mit den Staatssteuern eingezogen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag zu.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag 5 abstimmen – der integrierte Aufgaben- und Finanzplan der Stadt Winterthur für die Jahre 2009 bis 2011 wird zur Kenntnis genommen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag zu.

**Ratspräsident P. Rütimann** lässt über den Antrag 6 abstimmen – der Stadtrat wird ermächtigt, die pauschal in der Produktegruppe „Städtische Allgemeynkosten“ eingestellten und vom Grossen Gemeinderat bewilligten Beträgen für die Personalmassnahmen im definitiven Budget auf die Lohnkonti der einzelnen Produktegruppen zu verteilen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag zu.

## **Bürgerliche Abteilung**

### **1. B2007/003, Bajralija Lulzim, geb. 1984, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger**

---

**D. Schraft (Grüne/AL):** Die Bürgerrechtskommission hat aufgrund mangelnder Kenntnisse die Rückstellung beschlossen.

**Der Rat** stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) zu und beschliesst die Rückstellung um ½ Jahr.

### **2. B2007/111, Mendes Marija, geb. 1969, kroatische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

### **3. B2007/129, Ippolito Francesco Salvatore, geb. 1964 und Ehefrau Polizzi geb. Polizzi Giuseppina, geb. 1967, mit Kindern Ippolito Michele, geb. 1995 und Ippolito Salvatore, geb. 1997, italienische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (3 zu 2 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.



- 4. B2007/131 Jovanovic Srba, geb. 1959 und Ehefrau Jovanovic geb. Dzamanovic Zorica, geb. 1965, mit Kind Tatjana, geb. 1996, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige**
- 

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 5. B2007/132, Moors Anke, geb. 1963, mit Kindern Selina, geb. 1995 und Florian Elias, geb. 1997, deutsche Staatsangehörige**
- 

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 6. B2007/133 Morina geb. Rudhani Genimete, geb. 1974 und Ehemann Morina Lulzim, geb. 1972, mit Kindern Aida, geb. 1996 und Muhamed, geb. 1998, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige**
- 

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 7. B2007/135 Gossmann Michael Josef, geb. 1966, deutscher Staatsangehöriger**
- 

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**Ratspräsident P. Rütimann** freut sich Herrn Gossmann Josef, der im Rat anwesend ist, ins Schweizer Bürgerrecht aufzunehmen und bedankt sich, dass er sich für die Schweiz interessiert und jetzt dazu gehört.

- 8. B2007/136 Heidelberg Reinhard Rupprecht Victor, geb. 1955, deutscher Staatsangehöriger**
- 

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 9. B2007/137 Jovanovic geb. Ernjakovic Dragana, geb. 1980, mit Kind Mladenovic Milan, geb. 1997, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige**
- 

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

- 10. B2007/138 Kelecevic Nedeljko, geb. 1947 und Ehefrau Kelecevic geb. Memisevic Mirza, geb. 1958, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**11. B2007/139 Maksuti Elsadat, geb. 1976, bosnisch-herzegowinischer Staatsangehöriger und Ehefrau Maksuti geb. Selmani Nizajete, geb. 1981, mit Kind Sarah, geb. 2004, mazedonische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**12. B2007/140, Ögüncyürek Selahattin, geb. 1946 und Ehefrau Ögüncyürek geb. Güney Aynur, geb. 1958, türkische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**13. B2007/141, Rama Jeton, geb. 1975 und Ehefrau Rama geb. Sadiku Mirlinda, geb. 1978, mit Kind Kevin, geb. 2006 serbisch-montenegrinische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**14. B2007/142, Sabaratnam Krishnamenam, geb. 1971, mit Kind Krishnamenam Laksha, geb. 2004, srilankische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**15. B2007/143 Tanit Engin, geb. 1980, türkischer Staatsangehöriger**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**16. B2007/144, Tutam Murat, geb. 1972, türkischer Staatsangehöriger**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:1 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**17. B2007/145, Hasani Zijah, geb. 1974, serbisch-montenegrinischer Staatsangehöriger**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**18. B2007/146, Horvath Ladislav, geb. 1951 und Ehefrau Horvath geb. Andraši Adriana, geb. 1964, mit Kind Carolina Isabella Viviane, geb. 1991, slowakische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**19. B2007/147, Ibraimi Amdija, geb. 1964, mit Kindern Almedine, geb. 1992 und Amir, geb. 1994, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**20. B2007/148, Milicic geb. Zecevic Evica, geb. 1963, mit Kind Mateja, geb. 1993, kroatische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**21. B2007/149, A. A., geb. 1991, mazedonische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**22. B2007/150, Hajdaj Nazmi, geb. 1971 und Ehefrau Hajdaj geb. Islami Azemine, geb. 1975, mit Kindern Taulant, geb. 2001 und Orges, geb. 2005, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**23. B2007/151, Hasanmetaj Avdullah, geb. 1950 und Ehefrau Hasanmetaj geb. Mustafaj Ajshe, geb. 1954, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**24. B2007/153, Yildiz geb. Top Miyase, geb. 1945, türkische Staatsangehörige**

---

**H. Iseli (EDU):** Die Bürgerrechtskommission hat mit 6 zu 0 Stimmen die Rückstellung beschlossen. Dieser Entscheid ist aufgrund mangelnder Sprachkenntnisse gefallen. Durch die fehlenden Sprachkenntnisse war auch das Wissen mangelhaft.

**Der Rat** stimmt dem Antrag der Bürgerrechtskommission zu und beschliesst die Rückstellung um 1 Jahr.

**25. B2007/154, Adamovic Vitomir, geb. 1970 und Ehefrau Adamovic geb. Stuparanovic Verica, geb. 1968, mit Kindern Valentina geb. 1992, Vanja, geb. 1994 und Veljko, geb. 1997, serbisch-montenegrinische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**26. B2007/155, Begic Redzo, geb. 1966 und Ehefrau Begic geb. Vukovic Semsal, geb. 1966, mit Kind Sabina, geb. 1995, bosnisch-herzegowinische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (6:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**27. B2007/164, Koch Frank Manfred, geb. 1961, deutscher Staatsangehöriger**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (5:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

**28. B2007/173, Malik geb. Malik Safia, geb. 1982, pakistanische Staatsangehörige**

---

**Der Rat** folgt dem Antrag der Bürgerrechtskommission (4:0 Stimmen) und beschliesst die Aufnahme ins Bürgerrecht der Stadt Winterthur.

---

Mit dem vorliegenden Protokoll erklären sich einverstanden:

Der Präsident:

Der 1. Vizepräsident:

Die 2. Vizepräsidentin:

Peter Rütimann (FDP)

Walter Langhard (SVP)

Yvonne Beutler (SP)